



Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Günzel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wochentlich einmal. Preis: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M. Einzelnummer 20 Bl. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Bl., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Bl., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Leiste 1,20 M.

Nr. 15.

Berlin, 7. April 1933.

14. Jahrg.

APR. 1933

Inhalt: 2. 197: Deutschland, Polen und die Juden. | 2. 198: Verbot antisemitischer Zeitungen. | 2. 199: Meinung: Ist das noch genug? — Die polnische Nationalfront. — Irma Seiter. | 2. 199: Das Schicksal des Bierbrauereiwesens. — Kerpel. — Der weltliche Grobrentenstreik. | 2. 201: Politische Zeitungsnotizen. | 2. 142: Die Kontraktion. — Veränderung des Zohelmonopolvertrags. — Zeitlicher Schulters nicht bestritten. | 2. 143: Von Stenard zu Güter. — Der polnische Nationalismus in Polen. | 2. 144: Durchsichtige Bierbrauereiträger. — 10 Jahre Weltbund. — Politischer Zwangsrentenstreik. — Meinung für die Weltarbeit. — Politische Arbeiter. | 2. 147: Bücher. | 2. 148: „Schwarz- und Schmalzblätter“. — Unterhaltungsnotiz. — Letzte Worte an die Arbeiter.

Deutschland, Polen und die Juden.

„Die Juden erwarteten uns heute sehr lebhaft zur Schlussabrechnung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland. Sie verlangten, daß wir sie von den Schlägen hinter und seiner Anhänger beschützen.“ So schrieb am 31. März das in Ehren ersehene „Słowo Pomorskie“. Daß tatsächlich eine Zusammenarbeit zwischen Weltjudentum und polnischer Regierung besteht, unterliegt gar keinem Zweifel. Eine rückführende Betrachtung und mancherlei Äußerungen polnischer, französischer und belgischer Zeitungen läßt auch den polnischen Bericht auf die Weisheit als eine, wenn auch nicht im Anfrage, so doch in voller Übereinstimmung mit dem Weltjudentum infizierte Aktion gegen den deutschen Nationalsozialismus erscheinen. Das „Słowo Pomorskie“ hat auch weißes redet, wenn es schreibt, es sei eine augencheinliche Tatsache, daß die jüdischen Einflüsse in Polen im Wahlen begriffen seien, daß die Juden sich nicht nur immer hartnäckiger in den höchsten Stellen des Bankwesens, der Industrie, des Zeitungs- und Theaterwesens Polens festsetzen, sondern auch immer mehr in die Dienststellen des Staates und der Selbstverwaltung einbringen, während sie in höherer Zeit auch immer stärker über die Kommunisten aufzogen. An der polnischen Regierungsräte wie auch an den polnischen Sozialisten lassen sich solche jüdischen Bindungen deutlich erkennen. Der sozialistische „Robotnik“ insbesondere legt seine Hege gegen die Nationalsozialisten mit unüberderrter Gemessenheit fort. (Er hat früher im Gegensatz zu den bürgerlichen jüdischen Kreisen der abgetretenen Gebiete gestanden.) Am 28. März berichtete dieses Blatt zum Beispiel über die als Konzentrationlager eingerichtete Burg Hohenstein, die bisher bekanntlich als auf eingerichtete Jugendherberge gedient hat, die der „Robotnik“ aber als „Mordstätte“ und „eine Mordhöhle mittelalterlicher Raubritzer“ schildert, mit den Gesangenen in Zellen untergebracht seien, in denen man sich nur in gebückter Stellung aufhalten könne, wo als Stenoffene Schließscharten Dienen und die Wände mit Schimmel und Moos bedeckt seien! Und in derselben Nummer bezeichnet das polnische Marxistenblatt in einem mit „Sociologie des Antisemitismus“ überschriebenen Artikel die SZL als eine Armee, die hauptsächlich aus Gymnasialisten mit Erscheinungen eines perversten Sektarismus“ bestche! Man sieht, die polnischen Marxisten halten sich streng an die am 27. März gefasste Entschliessung des Büros der Zweiten Internationale, in der festgehalten wurde, daß die „Arbeiter“ fortzuführen würden, die Akte der Gewalt und der Willkür . . . zu geschehen, von den Tötungen von Teten und Hunderten von Verwandten, Mitgehenden und Geopignigten“ zu berichten. Worauf der Vorleser der SPD, Otto Wels, wegen dieses in Abscheu bei der deutschen Vertreter gefassten Beschlusses telegraphisch seinen Austritt aus dem Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale erklärt hat, so kann man nur sagen, daß die Führer der SPD sich auf diese einfache Weise keineswegs der Mitverantwortung für die niederträchtigste Hege entziehen können, die ihre Genossen und ihre jüdischen Freunde in der Welt gegen Deutschland entfesselt haben.

Daß zwischen der polnischen Regierung und dem Judenbund eine Verbindung besteht, wird u. a. auch von dem Berliner Korrespondenten des „Kurier Pomorski“ bestätigt, wenn dieser am 28. März schreibt, man müsse feststellen, daß in einer solchen Auffassung das jüdenfreundliche Verhalten der polnischen Regierung und der antilichen polnischen Presse sowie die Juden selbst beigetragen hätten. Ihre engen Verbindungen mit den

Juden hat die polnische Regierungsverpresse durch eine rege Teilnahme an der Hege gegen das nationalsozialistische Deutschland unter Beweis gestellt. Die offiziöse „Gazeta Polska“ kolportierte verschiedene Greuelnachrichten i. D. unter den Überschriften „Polnische Ungerechtigkeit“ und „Belirium teutonikum“. Der „Kurjer Porosny“ bezeichnete Göring als „einen ehemaligen wahlunfähigen Morphinisten“. „Kur Wahlen!“, hieß es dort in einem Leitartikel, „kann die jetzigen Ausrottungsmethoden Deutschlands gebären.“ An der größten polnischen Zeitung, den Krakauer „Miesięcznik Kurjer Codzienny“, berichtete Korakowski über den Tag von Potsdam. Er komme, schrieb er, aus der Strotzblähre des Hochmut und der Flegelhaftigkeit; er habe fast, als er die deutsche Grenze wieder hinter sich hatte, so gefühlt, als ob er „aus Asien nach Europa heimgekehrt“ sei; und er sei über seine gelungene Heimkehr aus Potsdam, wo ihn fast der Schlag gerührt habe, so beglückt gefühlt, daß er nicht umhin gekommt habe, den erlittenen polnischen Polipolsten zu einem Glase Bier einzuladen und mit ihm Brüderstöße zu trinken. Die polnische Regierung sei entschlossen, mit den Juden über meinland. Die Sache gegen Deutschland zu machen. Richt nur, daß sie die jüdische Hege im Auslande zu ihren Zwecken in der antideutschen Propaganda, namentlich hinsichtlich der Grenzfrage, auszunutzen bemüht ist, sondern sie greift auch die jüdische Forderung nach einem Boykott aller deutschen Waren mit großer Bereitwilligkeit auf. Vereichen ist in dieser Hinsicht eine Erklärung, mit der der Präsident der Warschauer Industrie- und Handelskammer, Parnas, zur jüdischen Aktion gegen den deutschen Nationalsozialismus Stellung genommen hat: „Im Anbetracht der widerwärtigen Dinge, die die Kulturwelt jemals gesehen hat“, müsse Polen die bisherige Richtung seines Warenverkehrs einer Revision unterziehen.“ Und der Abgeordnete des Regierungsklubus Wislicki verlangte die Einleitung einer machtvollen Aktion mit dem Ziele, Polen vom deutschen Markt völlig unabhängig zu machen. Das ist zwar auch bisher schon die Grundtendenz der Handels- und Wirtschaftspolitik der Warschauer Regierung gewesen, diese Bestrebungen haben jedoch dank der Aufmunterung durch die Judenchaft kein neuen Auftrieb erhalten. Auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes der polnischen Handelsvertreter antreten die Regierungsvertreter für-mischen Beifall, als sie durch die Rufe „Nort mit Stillen!“, „Nort mit den deutschen Barbaren!“ ihre Bundesgenossenschaft mit dem Judentum dokumentierten. Diese moralische Enttötung über den Nationalsozialismus, die im polnischen Regierungslager so groteske Formen annimmt, daß nach der Meinung eines russischen Politikers einer der bestkannstlichen Abgeordneten der „moralischen Sanierung“ Dünin-Markiewicz, zum moralischen Bekannnis übergetragen ist, hieß, weiß Gott, den Deutschen schließt zu Gesicht, die die Dreister Affäre auf dem Gewissen haben!

Übrigens ist es noch sehr fraglich, ob das Bündnis mit den Juden der polnischen Regierung reale Vorteile einbringen wird. Bekanntlich hatte man in Polen auch auf eine nachhaltige Wirtschaftserholung der Beziehungen zwischen Berlin und Moskau im Besolge des nationalsozialistischen Ausrottungskampfes gegen den Kommunismus gehofft. Von einer solchen Erholung des deutsch-russischen Verhältnisses ist gar keine Rede. Es ist vielmehr festzuhalten, daß Moskau die Vernichtung der KPD, mit erneuten Freundschftsversicherungen gegenüber Deutschland beantwortet hat. Es hat sich gezeigt, daß Moskau, wo es auf einen energiegelben Partner stößt,

11/10

Jahr noch die Notwendigkeiten seiner Ausbeuleitung nach seinen bolschewistischen Weltentwicklungsplänen zu trauen versteht. Es widerohrt sich hier daselbe, was sich schon einmal, bei der Ausmerzung des Kommunismus in der Türkei und in Italien, abgepielt hat: Moskau hat sich durch die Jenseitigkeit dieser Staaten darob nicht um der Pflege fruchtbarer Beziehungen mit Angola und Rom abhalten lassen, und es hat jetzt die Erklärung Hitlers, daß Deutschland nach wie vor über eine Beziehung zu Rußland lege, mit welcher die Erleichterung zur Kenntnis genommen. Man versteht Deutschland, ganz gleichgültig, wer hier regiert. Man braucht es um so mehr und ist daher auch um so mehr entgegenkommener bereit, je härter es ist. Das entspricht den politischen Erwartungen allerdings nicht. Vielleicht leben die Polen sich auch in ihrer Hoffnung auf die jüdische Streubühne eines Tages noch bitter enttäuscht.

Nur die antisemitischen Nationaldemokraten fühlen sich bei diesem öffentlichen Bündnis mit den Juden nicht recht wohl. Sie können es einerseits nicht unterlassen, sich an der antideutschen Heße, die bei ihnen ja sojagalen zum guten Ton gehört, zu beteiligen und aus dieser Heße möglichen Nutzen in ihrem Kampfe gegen das Judentum zu ziehen. Andererseits aber zeigen sie wenigstens mitunter — doch das Verdröhen, von dem wir schon oben möglichst sichtbar abzurücken. Hin und wieder kann man sogar den Eindruck gewinnen, daß ihnen die deutschen Nationalsozialisten, gerade weil diese sich die erbitterte Feindschaft des Judentums zugezogen haben, beinahe sympathisch sind. Sie sind als gefornore Judenfeinde den deutschen Nationalsozialisten wegen ihres Abwehrkampfes gegen das Judentum geradezu dankbar, und sie bringen es, wie z. B. der „Kurjer Pojanski“ am 28. März, sogar über sich, die Gremialräten von der polnischen Schokolade Orliska von den auszuforschen. Augen Kogelers, von der Massifikation des Bündnisses und berechtigter vorbehaltlich, richtighalten, die körperlich Unansehnlichkeit und die gute Verbindung der vorbesten Kommunistenführer zu beschleunigen und von Söring, der in der jüdischen und veränderten Presse des Auslandes als „Massenmörder“ beschrieben wird, eine objektive, sympathische Beschreibung zu geben. Die nationaldemokratische Presse ist auch bereit, anzuerkennen, daß der Kampf der Nationalsozialisten gegen die Juden bereits wesentlich zu einer moralischen Selbstdarstellung des öffentlichen Lebens in Deutschland, zu einer Reinigung des deutschen literarischen, gesellschaftlichen und künstlerischen Lebens beigetragen. Mit deutschem Spott bemerkt die „Soyeta Warszawa“ in diesem Zusammenhang einmal, die Väteren der „moralischen Sanierung“ in Polen mögen jetzt, wo Hitler und seine SA in Berlin mit den Schmierfinken des Kurfürstentums aufgeräumt haben, in seiner Verlegenheit sein, wobei sie die Vorbilder ihrer unmoralischen und obhässen „Kunst“ in Zukunft nehmen sollen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein Artikel des erwähnten Warschauer Blattes, in dem sich Georg Drobnik gegen die Mißdeutungen und Entstellungen wendet, denen die Politik Hitlers in der Auslandspresse ausgesetzt ist. Er rumpelt mit der Heße, daß es sich um ein antisemitisches Jankelheuten des deutschen Volkes verknüpft. Hitler selbst kommt unmittelbar aus dem Volke, und zwar aus der Schicht, die in allen Völkern der schöpferische Kern für die Zukunft ist. Die Unmittelbarkeit und Einfachheit ihrer Begriffsbildung und ihrer Stellungnahme zum Leben bergen das Geheimnis ihres Erfolges, geben ihr die große Lebendigkeit, die Fähigkeit, das Wesentliche zu sehen, und das auszusprechen, was im Grunde genommen in den Befreiungen des Volkes inklinktmäßig ruht und bis jetzt von einer verkümmerten und von außen aufgesetzten Hülle umgeben war. Weiter schreibt Drobnik: Wer könnte bestreiten, daß in den letzten Jahrzehnten die ganze Welt unter einem unerhörten Einfluß des Weltjudentums stand, dessen internationale Agenturen in hohem Maße die Möglichkeiten der Gestaltung der inneren Verhältnisse aller Völker zu beeinflusst haben, wie es jüdischen Interessen entsprach? Wenn dies innenpolitisch nicht ging (d. h. wenn die Juden ein Volk von innen heraus nicht gefähig zu machen vermochten), dann wurde auf internationaler Ebene der betreffende Staat unter Druck gehalten, ohne daß man in den Mitteln widersteht war. Gerade hier (d. h. in der jüdischen Weltstete gegen Deutschland) wurde ein kapotes Beispiel für die jüdischen Kampfmethoden geboten. Allen Völkern der Welt wurde ein Dienst erwiesen, wenn es heute Hitler gelangte, diese Weltorganisation zu zerbrechen oder wenigstens deren Einflüsse zu erschüttern.

Un derartigen Äußerungen mocht sich ein gewisses Solidaritätsgefühl bemerkbar, das die polnischen Nationaldemokraten den deutschen Nationalsozialisten gegenüber empfanden und das geradezu fenderbar unmittelbar bei diesen Leuten, die sonst stets als die lastensten Schwärzer im Kampfe gegen Deutschland auftraten und die laut so mehr geneigt sind, sich über Hitler und seine Anhänger irgendeine Anerkennung zu äußern. Der nationaldemokratische „Kurjer Pojanski“ hat die Katastrophe des Judentums in Deutschland als eine Katastrophe des Weltjudentums bezeichnet. Die Hitlerleute, meint die „Polonia“, machen mit den Juden in Politik, Wirtschaft und Kultur ganz Arbeit, mit dem Ende des Kapitalismus, des Individualismus und des Liberalismus werde auch das Judentum liquidiert. Und die „Soyeta Warszawa“ schreibt: „Die betreffende Presse die Juden so fördern, daß diese alles gegen ihn auszuspielen müßten und jetzt durch ihre Verbrechen, um Polen für ihre Zwecke einzunehmen. Dazu aber habe

Polen gar keinen Anlaß. Polen schätze den Juden keinerlei Dank, heißt es z. B. im „Słowo Pomorskie“. Denn die Juden hätten sich stets, so während des Kulturkampfes, beim Schulstreik im Jahre 1904, beim Enteignungsseley, auf der Versailles Konferenz (I), während des Weltkrieges im Jahre 1920 und bei jüdischen anderen Gelegenheiten auf die Seite der Feinde Polens gestellt. „Wir wollen das doch nicht vergelten! Das zu vergelten ist uns unmöglich! Wir wollen es immer in Erinnerung halten.“

Natürlich reicht die nationaldemokratische Gemertheit gegen das Judentum nicht aus, um die selbstergründete, deutsche Feindschaft, auf denen das ganze politische Abwehrgebäude dieser Kreise basiert, in den Hintergrund zu drängen. Vielmehr hat ihre Heße gegen Deutschland unter der härteren Herbeziehung der antisemitischen Selbsterhaltung nur wenig gelitten. Zugleich mit den jüdischen Gremialräten werden in der polnischen Presse ohne Unterschied der politischen Richtung entsprechende Berichte über die angebliche Drangsalierung der polnischen Minderheit in Deutschland verbreitet. Wie üblich, werden dann solche erbitterten Terrorakte dazu benutzt, um die „berühmte Empörung“ der polnischen Öffentlichkeit zu „erklären“, die sich in mühen Ausführungen gegen Angehörige der deutschen Minderheit Luft macht. An derartigen Ausführungen ist es in Polen in letzter Zeit nicht geblieben. Namentlich in Kattowitz ist es zu größeren Demonstrationen gekommen, als dort ein müher Pöbelhaufen die Straßen durchzog, alle deutschen Zeitungen, deren er hobholt werden konnte, zerriss und schließlich eine an einem Galgen aufgehängte Puppe, die Hitler darstellen sollte, auf öffentlichem Plätze verbrannte. Der Krakauer „Kurjer“ ist stolz auf diese „mannhaften Bekundungen patriotischen Willens“. „Die polnische Jugend“, so stellt er in seinem Bericht über die Kattowitzer Ausführungen mit stolzer Befriedigung fest, „hat ... Kattowitz von der antipolnischen deutschen Pöbelgattung ... An der Doykottaktion haben sich Akademiker aller Ozeane angeschlossen, um in Unterfrankreich die polnischen Interessen abzuwehren. Zugleich“ heißt es weiter, „wird eine Aktion gegen die deutschen Hine in Ostschlesien durchgeführt werden ...“ In Friedenshütte (Ost-O.-S.) wurden zwei deutsche Gemeinderäte vor dem aufgehängten Büchsen überfallen und einer von ihnen, namens Wiskup, wurde schwer geschlagen und erheblich verletzt. Im selben Ort wurde ein deutscher Arbeiterlojer, namens Gogala, verurteilt und den gleichen Eätzen niedergeschlagen und demüßigt liegen gelassen. Gleichfalls in Friedenshütte wurden bei dem Süddeutschen Schreiber eine Anzahl Junfristritzen verbrannt. ... Es wird also getrigelt; es werden Zeitungen verbrannt; es wird die „Reise“ gefahren; es werden Antifremden eingeschlagen. Ganz wie bisher. Man hätte sich fast gewundert, wenn diese üblichen Aufierungen der Deutschen Feindschaft diesmal ausbleiben würden. Aber etwas ist hier anscheinend doch anders geboren als früher: Der energische Angriff des Nationalsozialismus auf die Machtposition des Juden in Deutschland hat auf die Polen, für die die Judenfrage von lebenswichtiger Bedeutung ist, einen tiefen und nachhaltigen Eindruck gemacht. Dieser Angriff hat die polnische Einheitsfront gegen Deutschland nicht zerstört, aber zerrührt. Er hat die alten Gesenfehe, die in Polen hinsichtlich der Judenfrage bestehen, verändert. Darauf wird man zu achten haben. Es kann einmal politische Bedeutung gewinnen.

Dr. Kriebel.

*

Verbot polnischer Zeitungen.

In den letzten Wochen hat die polnische Presse in Ostschlesien einzelne Vorgänge in Deutschoberschlesien zum Anlaß genommen, in unerwarteter Weise über eine angebliche angebliche Bedrohung und Terrorisierung der polnischen Minderheit in Deutschland zu berichten. Die Reichsregierung hat sich unter diesen Umständen veranlaßt gesehen, die Verbreitung der an dieser Heße hauptsächlich beteiligten Kattowitzer Blätter, der „Polka Zabodnia“ und der „Polonia“, im Lande zu verbieten. In der „Polonia“ beispielsweise wurde behauptet, daß einem Minderheitsmitglied, das polnischen Wohlworte in Miskowitz verteilt habe, die polnische Minderheit zu schaden, er solle nach Wachsen gehen und dort Gesetzlichkeit suchen. Diese Meldung über das Verbot des Polizeibeamten ist oben so der Luft gegriffen wie die Behauptung in einer anderen Nummer derselben Zeitung, daß die Polizei, als einige Minderheitsmitglieder in Wachsen mitgebracht worden seien, anstatt die Namen der Täter festzustellen, nur die Namen der Mißhandelten aufgeschrieben hätte. Die „Polka Zabodnia“ brachte z. B. unter der Überschrift „Unter dem Terror der Hitlerischen Hilfspolizei“ Behauptungen über polenstimmige Gemaltigkeiten im Kreise Reichsrat. So ist angeblich der polnischen Kattowitzer Wagoner und Binter am 4. März in Himmelwitz durch die Hilspolizei Wohlpropagandamaterialie weggenommen, die beiden Polen selber sollen von bewaffneten Hitlerleuten auf einen Lustwagen geladen und dabei mit Gummi knippen mißhandelt, an den Haaren gezogen, ins Gesicht geschlagen und beschimpft worden sein. Bei allen derartigen Gräueltaten der polnischen Presse haben die Ermittlungen ergeben, daß die Behauptungen glatt erfunden sind.

Der Ostbund hilft Dir!

Willst Du ihm helfen? Dann wir Mitglieder unserer hier und Leser für sein „Ostbund“! Dadurch fördert Du wirksam unsere gemeinsame Sache.

Regierung Ziehm muß gehen!

Die Danziger Regierung hat sich mit der Ablehnung der nationalsozialistischen Forderungen hinsichtlich der Regierungsbildung in eine bedenkliche Situation begeben. Die Nationalsozialisten haben der Regierung die schärfste Opposition angesetzt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierung diese Opposition längere Zeit weit ausbalancieren können, da diese sich — trotz allen guten Willens, das zu vermeiden — auch auf die außenpolitische Stellung der derzeitigen Regierung nachteilig auswirken müßte. Hinter der Regierung stand im Volkstag eine Minderheit von 31 Abgeordneten gegen 41, wobei auch zu berücksichtigen ist, daß alle bürgerlichen Gruppen aus atonigen Reasonen vermutlich mit sehr erheblichen Einbußen herangezogen würden. Die Regierungsverhandlungen sind an der Frage der Bestätigung des Senatspräsidentenpostens gescheitert. Die Regierungsparteien halten daran fest, daß auch in einer mit der KSDAP zu bildenden Regierung Dr. Ziehm das Amt des Präsidenten weiterführt. Dieser Führungsanspruch der Bürgerlichen ist von den Nationalsozialisten kategorisch abgelehnt worden. Mit der Stelle des Senatspräsidenten, den die Bürgerlichen ihnen zumüßigen bereit wären, sind sie nicht zufrieden. Der Danziger Gauleiter der KSDAP, Foltner, hat einen Antrag erlassen, in dem es heißt: „Der Ziehm-Senat hat es abgesehen, für uns auf Grund unserer Stärke zureichende Stellung in der Regierung einzunehmen. Mit dieser Entscheidung ist der Weg der Verhandlungen verfallen und der Weg des Kompromisses beschritten. . . Hauptaufgabe muß es sein, daß bis in das kleinste Dorf und in das letzte Haus die notwendige Aufklärung über das Verhalten des Ziehm-Senats hineingetragen wird. . . Auf verfassungsmäßigen Wege wollen und werden wir die Führung der Regierung in die Hände bekommen. Die Parole heißt: Der Ziehm-Senat muß verschwinden. Auch in Danzig muß eine Regierung aus Polen kommen, die vom Volkstum nicht abgeht, sondern in der Liebe und im Vertrauen der breiten Massen eine tragfähige Stütze besitzt.“

Gauleiter Foltner erstattete dem Führer Adolf Hitler über die Danziger Entwicklung Bericht. Hitler billigte die Haltung der Danziger Nationalsozialisten in jeder Hinsicht, insbesondere auch das Behalten am Führungsanspruch und an der Vertretung des Senatspräsidentenpostens. Er erteilte dem Gauleiter weitere Einzelanweisungen und wolle Handlungsfreiheit. Es ist nicht zu verkennen, daß durch diese klare Stellungnahme des Führers die moralische Position der Regierung Ziehm sich weiter verschlechtert hat. Die Danziger Regierungskoalition nur schon seit einiger Zeit kein festes Gebilde mehr. Mit der Kampfanlage der KSDAP an Ziehm begann sie vollends auseinanderzufallen. Als erster ist der Vertreter der Danziger Eisenbahner und Hafenarbeiter im Volkstag, der Abg. Artur Deutsch, aus der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ausgetreten, um sich der KSDAP als Hospitant anzuschließen. Es folgten zwei andere Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft im Volkstag, die sich ebenfalls der KSDAP angeschlossen. Die Gleichhaltung mit dem Reich begann, sich in Danzig auch gegen den Willen der Regierung Ziehm zu vollziehen.

Die Danziger Regierung beabsichtigte, dem Volkstag ein neues Ermächtigungsgesetz vorzulegen, da das alte Ermächtigungsgesetz vom Volkstag aufgehoben worden ist und daher verfassungsgemäß in Kürze ein Volksentscheid in der Angelegenheit stattfinden müßte. Auf die Unterlegung eines solchen Gesetzes durch die Regierung sollte, wie von parteiischer Stelle verlautet, unter keinen Umständen zu rechnen. Sie, die Regierung hätte aus dieser Umstände nur dann Sinn gehabt, ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, wenn sie auf die Unterstützung der marxistischen Parteien hoffte. Die Sozialdemokraten sollen, wie in Volkstagskreisen angenommen wurde, nicht abgeneigt gewesen sein, für die Regierung zu stimmen. Da sie das natürlich nur getan hätten, wenn ihnen von dem deutschen Senatspräsidenten Dr. Ziehm bestimmte Zuhaltungen hinsichtlich der Erhaltung und Stärkung des marxistischen Einflusses in Danzig und hinsichtlich der Bekämpfung und Ausschaltung der Nationalsozialisten gegeben worden wären, wäre die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes mit sozialdemokratischer Hilfe praktisch als eine Art Einkassationsaktion hineingelassen.

Ehe die Regierung Ziehm dazu kam, das im Senat bereits verabschiedete Ermächtigungsgesetz dem Volkstag vorzulegen, teilte der Bürgerblock, der die kleinen Splittergruppen der Mitte vereinigt, mit, daß die Mehrzahl seiner Mitglieder ihre Stimme gegen das Gesetz abgeben werde. Die Regierung lag sich daraufhin zu der Stellungnahme genötigt, daß die bisherige Regierungskoalition zusammengebrochen ist. Sie zog das Ermächtigungsgesetz zurück. Man kann in der Gegenwart verlangen, daß diese Regierung eine Vierjahresfrist vom Volkstum zurückverlangte, nicht anders als eine solchen Wahl bezeichnen. An der Bestätigung des Gesetzes sollte es u. a. heißen: „In dieser Zeit der Unruhe kann nur eine Regierung ohne parlamentarische Bindung diejenigen Bestschlüsse fassen, welche die Freie Stadt Danzig über die Gefahren hinwegführt, die ihr von innen und außen drohen.“ Dem kann man zu-

stimmen. Die Entwicklung im Reich vor dem 30. Januar d. J. lehrt aber nicht mitzuerwartende Eindeutigkeit, daß eine Regierung zwar ohne Parlament, aber nicht ohne breiten Rückhalt im Volke bestehen kann. „Abolite Ruhe und Sicherheit“, heißt es weiter, „sind in der Freien Stadt Danzig die Vorbedingung für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit und Freiheit.“ Ruhe und Sicherheit, damit Selbständigkeit und Freiheit sind unter nationalsozialistischer Führung zweifellos besser garantiert als unter einer Regierung, die ohne Parlament und ohne Volk daliegt.

Die Situation, in die sich die Regierung Ziehm gebracht hat, ähnelt bedenklich derjenigen, in der sich J. S. Schlieker befand, als er die letzten Verträge mochte, ohne die Nationalsozialisten zu registrieren. Regieren ohne die Nationalsozialisten aber heißt gegen die Nationalsozialisten registrieren. Man kann es nur bekommen, wenn sich ein Mann wie Ziehm jetzt in einem finsternen Kampf gegen den Stofftrupp der nationalen Revolution verbräutet, der unter dem Hakenkreuzbanner marschiert. Die Hartnäckigkeit, mit der die Bürgerlichen in der Person Dr. Ziehms festhalten, wird vollends unvorstellbar, wenn man bedenkt, daß die Nationalsozialisten, wie behauptet wird, bereit gewesen sind, Dr. Ziehm als Vizepräsidenten in den von ihnen zu bildenden Senat zu übernehmen und ihm fast sämtliche bisherigen Funktionen, insbesondere die Leitung der Danziger Außenpolitik, zu erteilen. Die Regierung Ziehm hat sich durch ihr Verhalten beunruhigend dem Verdacht ausgesetzt, in Gemäßheit der Forderungen des Westplattenkonfliktes den Polen bestimmte Zugeständnisse hinsichtlich der Bekämpfung der Nationalsozialisten gemacht zu haben. Es ist ein untragbarer Zustand, wenn eine Danziger Regierung es fertigbringt, einem deutschen Reichsminister das Sprechen zu verbiethen. Dr. Goebbels sollte kürzlich in einer Danziger KSDAP-Verammlung sprechen. Auf Grund des Verfallensverbotens, das sich auch auf geschlossene Verfallensverträge bezieht, wurde ihm das unmöglich gemacht. Der Vertreter des Deutschen Reiches in Danzig, Generalkonsul Dr. von Schatzmann, hat, wie die K. L. meldete, gegen dieses landbarbare Verhalten protestiert. Für die Regierung Ziehm kommt es, nachdem sie ihre Situation in dieser Weise verordnet hatte, nur noch darauf an, sich einen einigermäßen anständigen Rückzug zu sichern. Nachdem sich die Regierungsparteien unter dem Eindruck der letzten Ereignisse für die Auflösung des Volkstages ausgesprochen haben, ist, da auch die Nationalsozialisten der Auflösung zustimmen werden, für die nächste Zeit mit Reasonen in Danzig zu rechnen. Über den Ausgang dieser Wahlen kann kaum ein Zweifel bestehen.

*

Die polnischen Zollinspektoren.

Den Polen scheint die verfahrensmäßig innenpolitische Lage Danzigs der gestrige Augenblick zur Durchdringung neuer Forderungen zu sein. An einer Note vom 9. März hat der diplomatische Vertreter des Reiches in Danzig, Dr. Pöschke beim hohen Kommissar eine Entscheidung dahin beantragt, daß die polnischen Zollinspektoren, die laut Pariser Vertrag an der Überwachung des Soldiensteins auf Danziger Gebiet teilnehmen, der Gerichtsbarkeit der Danziger Gerichte entzogen werden sollen, soweit es sich um Handlungen, die sie in Ausübung ihrer Amtstätigkeit ausführen, handelt. Polen verlangt für diese Zollinspektoren also Exterritorialität. Es läßt sich dabei auf das Danzig-polnische Abkommen vom 17. Mai 1922, in dem es heißt, daß die im Danziger Freizollgebiet tätigen polnischen Beamten von ihren polnischen Vorgesetzten unabhängig sind, berufen. Diese polnischen Beamten unterstellt sein sollen. Demgegenüber ist festzustellen, daß sich das genannte Abkommen nur auf das verwaltungsrechtliche Verhältnis der polnischen Beamten zu den Danziger Behörden bezieht, nicht aber auf ihre zivilrechtliche Haftung etwa gegenüber Danziger Firmen, die sie durch eine unerbittliche Amtshandlung geschädigt haben. Wenn sich die polnischen Beamten Irreg an die ihnen im Warthauer Abkommen vom 24. Oktober 1921 vorgezeichneten Formen halten, d. h. sich lediglich auf die Beobachtung der Amtshandlungen der Danziger Beamten beschränken und sich jeder selbständigen Amtshandlung enthalten würden, dann würden sie ohnehin nicht in die Verlegenheit kommen, für die aus einer verbotenen Amtshandlung entstehenden Schäden zivilrechtlich haftbar gemacht zu werden. Wenn sie aber ihre Befugnisse unbedeutendweise überschreiten und ihnen nicht zulässige Amtshandlungen vornehmen, dann können sie nicht auch noch verlangen, daß sie bei Verurteilungen straflos ausgehen. Danzig ist ebenfalls nicht in der Lage, den polnischen Zollinspektoren eine Blankoakkreditierung übergriffe jeder Art zu gewähren. Darauf aber läuft der Antrag, den Polen beim Völkerbundskommissar gestellt hat, hinaus.

Stillegung der Firma August Oetker.

Der Betrieb der bekannten Backpulverfabrik Dr. Aug. Oetker in Danzig-Oliva ist stillgelegt worden, weil es nicht mehr möglich ist, den Absatz nach Polen zu bewerkstelligen. In letzter Zeit sind sämtliche Sendungen der Firma Oetker nach Polen beschlagnahmt worden. Etwa 100 Angestellte und Arbeiter kamen zur Entlohnung.

Um die Revision der Diktate.

Das Schicksal des Viermächtepaktes.

Die englische Regierung ist unpopulär. Sie hat Vänderratsvorschlüsse zu dem Viermächtepakt Mussolinis gemacht, deren Verwirklichung dieser Pakt seine eigentliche Bedeutung nehmen würde, die darin besteht, daß an die Stelle des „demokratischen“ Völkerbundes ein „autoritäres“ Gremium der vier europäischen Mächte treten sollte. Die englischen Vorschläge sind notwendig ohne dahin, daß — wie sich der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ ausdrückt — der Pakt in eine bessere Übereinkunft mit dem Völkerbundsstatut, der Abrüstungskonferenz und dem Locarnoabkommen gebracht werden soll. Was bedeutet, daß die Kleine Entente und wohl auch Polen direkte Partner des Paktes werden sollen, so daß Frankreich bei den Beratungen in engerem Kreise immer der unmittelbaren Unterstützung seiner östlichen Erbhatten sicher sein könnte. Es ist hier bezeichnend, daß die französische Regierung sich den englischen Vorschlägen gegenüber verhält. Frankreich kam es nun vornehmlich darauf an, den Viermächtepakt durch die Herannahende der kleineren Mächte zu verewälzen, um dadurch die Revision der Diktate zu sabotieren. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Unfallo Englands auswirken wird.

„Verständigung.“

Mit einer für polnische Verhältnisse faunenswerten Offenheit spricht das Wiener „Slovo“ von der Revision der Diktate. Es gliedert in ironischer Weise das kramphafte Verhalten der polnischen Diplomatie an der Idee der „Heiligkeit der Verträge“. „Der Glaube an die Unsterblichkeit der Verträge“, heißt es aber u. a., „ist gleichbedeutend mit Überzeugung, daß Gott der Welt nicht zuzumischen ließen, sondern ewig leben werden.“ Das ist Mythologie.

Der polnische Eroberungsdrang.

Der bekannte slawische Gelehrte Dr. S. Schamajlow hat in seinem Buche „Die Völker von Europa und die Ström der Rationalitäten“ eine bemerkenswerte Charakteristik des machtpolitischen Expansionsdranges der Polen gegeben. Er schrieb u. a.: „Das Traopische seiner Geschichte hat den Imperialismus des polnischen Volkes nicht ausgelöscht. Während des Krieges verlangte der polnische Delegierte ein Gebiet von 834 288 Quadratkilometer mit 60 438 000 Einwohnern, darunter nur etwa 20 Millionen Polen. W. Putojancki vertraute auf die Unmöglichkeit der europäischen Staatsmänner bezüglich des ethnologischen Bestandes des geschichtlichen Polens im Jahre 1920 die Vereinigung von Litauen, Weißrussland, Weißgalizien, Wolhynien, Podolien, Kiew, Westpreußen, Karland und Fergallien mit dem polnischen Kernland annehmbar erscheinen zu lassen. Um dieses Gebiet als polnischen Nationalstaat zusammenzubringen, hielt Putojancki es für notwendig, daß die ethnologische Minderheit herrschen müsse. Das Stimmrecht und andere politische Rechte sollten nur für diejenigen zugegeben werden, welche an nationalen (polnischen) Aktivismus teilnehmen. Mit anderen Worten: 40 Millionen Deutsche und Juden, Ukrainer, Weißrussen und Russen, Litzen und Litauer sollten keinen Einfluß auf die Regierung haben. Aus reiner Stolzmut müßte die staatliche Autorität ihnen nicht verbieten, ihre Muttersprache zu sprechen.“

Die Polen meinen irrtümlicherweise, daß sie stark genug sind und daß die Ausstrahlungsfähigkeit ihrer Zivilisation groß genug ist, um alle jene fremden Volksteile zu assimilieren. Und ihre französischen Freunde tun so, als ob sie derselben Auffassung seien. O. Wienaimé nimmt an, daß die Polonisierung Ostpreußens schneller vor sich gehen würde, als die Germanisierung der ehemaligen Ostmarken, und daß sie sogar ohne Zwang und Zwangsmaßnahmen geschehen würde. Auch der Volkskongress im Jahre 1920 und nach dem Parlamentswahl befinden sich die polnischen Staatsmänner noch immer in derselben irrtümlichen Meinung.

Der polnische Imperialismus erstreckt sich nach zwei Richtungen, nach Osten und nach Westen. Piłsudski und seine Parteigenossen müßten die Verwirklichung eines litauisch-weißrussischen Staates, welcher mit Polen eine Staatenföderation bilden würde; sie müßten ferner die Trennung der Ukrainischen S. S. Republik von der Sowjet-Union und ihren Anschluß an Polen als drittes Glied der Föderation. Die Rationalsmokratie, die Parteigänger Demochkows, dagegen führen, daß dieser Plan, obwohl auf sich ein halbes Jahrhundert lang schon obzieren würde, wegen der feindlichen Haltung der Weißrussen, Ukrainer und Litauer nicht ausführbar sei. Der ehemalige Generalsekretär Stanislaus Bukowski sieht in der jetzigen Situation Ostpreußens eine Gefahr für Polen, welches nach ohne den Dnjep, aber nicht ohne einen breiten Zugang zur Ostsee existieren könnte. Deswegen müßte nach dringender Propaganda und wirtschaftliche Mittel Ostpreußen erwerben, oder wenigstens Masuren und das Ermland. Diefelben Ansichten vertritt der ehemalige Minister Stanislaus Grabki. Wenn sich Polen nicht selbst verzeughen wollen, meint er, könne es das Resultat der Volksabstimmung im Jahre 1920 nicht als endgültiges Urteil der Geschichte hinnehmen. Der Zusammen-

aber keine Außenpolitik. Von Buchhain bei Wien ruft ich alle Städte und Städtchen, Schiffer und Badende als Zeugen an, in denen Friedenstrakte unterzeichnet wurden, um Zeugnis dafür abzulegen, daß keines dieser Erkrakate von Daar gemessen ist. Unsere Beschwörungen in Bezug auf die Quantifizierbarkeit des Erkrakates sind lächerlich. Sie disqualifizieren unsere Diplomatie.“ So richtig und berechtigt diese Bemerkungen sind, so wirklichsamerweise erweist sich dann doch auch das Wiener „Slovo“, wenn es auf die deutsch-polnischen Grenzen zu sprechen kommt. Was den Korridor anlangt, so stimmt es, nicht anders als die ganze polnische Diplomatie, die es eben auch gerührt hat, auf die „Heiligkeit der Verträge“. Aber der sehr realen Grundlage und von der Seite der deutschen Grenzrevisionsforderung scheint man in Warschau keine rechte Vorstellung zu haben; sonst könnte das „Slovo“ nicht schreiben, daß es sich bei dieser Forderung nur um „eine Lösung faktischen Charakters“ handle, die „von Gefühlsduselei getrieben“ werde; sonst könnte es nicht die Meinung vertreten, daß Deutschland „Dummorellen nicht deshalb ausspiele, weil es die wichtigsten, sondern nur, weil es die bequemste Lösung ist.“ Der „Verständigungs-wille gegenüber Deutschland“, den das „Slovo“ dann an den Tag legt, ist aber doch nicht auf die Ebene von der „Unverletzlichkeit der Verträge“ hin zu führen. Eine deutsch-polnische Verständigung, so meint das Wiener Blatt, ist durch die Regelung folgender Fragen erreichbar: Österreich, Litauen, Ukraine, deutsche Minderheit in Polen, polnische Minderheit in Deutschland, Transitverkehr durch den Korridor, Dänzig. Wenn das „Slovo“ der Ansicht ist, daß sich auf der Vereinigung dieser Fragen eine deutsch-polnische Verständigung aufbauen könne, so muß man dem entgegenhalten, daß sich all diese Fragen verhältnismäßig weit einfacher und reibungsloser erledigen lassen, wenn einmal die deutsch-polnische Grenze revidiert worden. Ohne Revision gibt es keine Verständigung zwischen Deutschland und Polen.

stößt mit Deutschland ist unversöhnlich, und Polen werde den Krieg gewinnen, wenn es durch eine geschickte Propaganda die Sympathien der Masuren und der polnischen (?) Ermländer gewinnt. Der ehemalige Generalkonul in Königsberg, Stanislaus Strokowski, will Ostpreußen durch die Einwanderung billiger Arbeitskräfte polonisieren und es durch taugliche Mittel so abhürnen, daß Deutschland kein Interesse mehr an diesem „Vernehm“ habe und Polen es ohne Gefahr einnehmen könne. — Für viele genügt Ostpreußen noch nicht. Der unermessliche Krieg mit Deutschland öffne die Tür zu großen Hoffnungen. Damit 100 Erkrakate und der Staat der polnischen Polen liegen. Das Elbischloßschloß und der Glatz und die vergrößerte Lough und mit 160 000 slawische (?) Wassensoldaten und mehr als eine Million Deutsche. Polen erhalte Schlesien mit Breslau, Pleschitz und Glogau und damit drei Millionen Deutsche, außer den Ostpreußen.

Selbstbestimmungsrecht und Rationalitätenprinzip; die Kriegsdesseins Willens und der Entente, sind auf den Mittelhaufen gemorren. Die Jagen mit den Worten: „Für uns und unsere Freiheit“ fluteten nicht mehr auf dem Seide, sondern werden in Massen aufgedreht. Bei Pöhlstein und Sozialisten, bei Überleben, für welche freies Denken etwas mehr ist als ein Wort, hat Polen einen schlechten Ruf (Auch bei den deutschen Sozialisten, „Ostland“-Schriftleitung.) Wegen seines Imperialismus, wegen seiner Unterdrückung der nationalen Minderheiten, wegen seiner berichtigten Gefängnisse, in welchen Kommunisten und volksbewußte Führer wie im Mittelalter gemortet werden, wegen seiner Agrarreform, welche in der „Kriegs“ hinsichtlich der Vergemeinschaftung des Rechts das preußische Kolonialgesetz bei weitem übertrifft, wegen seiner Einführung der Diktatur usw. hat es alle Sympathieverluste. Polen trachtet eine Politik der Vergemeinschaftung — welche den Gemeinheitsfalschen, der Europa vor dem Untergang trachten könnte, vertritt. Polen ist der größte Staat des unfruchtlichen Staat in Europa, welcher trotz der Vergroßerung der Laufzeit nach und nach todsicherlich wird, gegen Ostpreußen, welches durch die Erwerbung des Barches durch den polnischen Korridor mehr und mehr isoliert wird, gegen Litauen, gegen die fremden Volksteile in seinem Staatsgebiet. Es verführt die Gegenseite zwischen sich und seinen Nachbarn, und es denkt nicht daran, daß Frankreich irgend einmal nicht mehr stark genug sein wird, ihm zu helfen gegen die aus Osten und Westen anmarschierenden Feinde. Durch das Streben nach Aufhäufung seiner fremden Elemente werden die Polen die Schwachheit ihrer Nachbarn und bereitet den Krieg vor. Seine Bürger verkiehen die Dohre, daß der polnische Staat, mög er wollen oder nicht, alle Polnischsprechenden in seine Grenzen aufnehmen müßte ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen der fremden Völker. Sind sich diese Führer denn nicht dessen bewußt, daß dieselben Forderungen auch von den Nachbarstaaten gestellt werden können, die in der polnischen Republik mehr Stammesgenossen haben, als diese j. B. in den benachbarten Teilen Deutschlands und in der Sowjetunion hat? Polen muß sein Geboteln und seine Kraft in den Imperialismus in nicht in den hilflosen Grenzen suchen; es muß in den Imperialismus in jeder Form leben, wenn es seine Existenz erhalten will. Es muß eine Verhängnispolitik treiben, um mitzuarbeiten an dem Aufbau eines neuen Europa, wo Selbstbestimmungsrecht und Trennungsrecht die nationale Doktrin und den Frieden besitzigen werden.“

Polnische Wirtschaftsfragen.

Am 24. März ist, wie schon berichtet, eine Vereinbarung des polnischen Mittelrates in Kraft getreten, durch die für eine ganze Reihe von Waren die Einfuhr gesperrt worden ist. Wie alle handelspolitischen Maßnahmen Polens, so richtet sich auch diese in erster Linie gegen die Einfuhr deutscher Waren. Die Einfuhr der in der Verordnungsliste aufgeführten Warengattungen ist nicht vollkommen gesperrt. Vielmehr ist das polnische Handelsministerium befaßt, bestimmte Kontingente der verbotenen Waren zur Einfuhr zuzulassen, wozu die Vergütung und Veranlagung dieser Kontingente davon abhängen soll, wie die polnischen Exportwaren in dem betreffenden Landern behandelt werden. Deutsche Waren werden in der Liste der Einfuhrkontingente nicht geführt. Die antideutsche Absicht der Einfuhrverbote liegt also klar auf der Hand. Welche weiteren Absichten die polnische Regierung mit der Verschärfung der Einfuhrdrosselung verfolgt, ist weniger klar. Es ist anzunehmen, daß sie sich für die bevorstehenden oder schon schwebenden Handelsvertragsverhandlungen eine günstige Basis zu schaffen gedenkt. Es ist aber auch möglich, daß hier die Preise sich durchsetzen haben, die eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit für Polen anstreben und die die Ansicht vertreten, daß Polen ein Wirtschaftsgebiet darstelle, in dem Industrie und Landwirtschaft einander in realer Weise ergänzen und so daher das Wirtschaftsleben am besten bei möglichst vollkommener Abgrenzung vom Auslande gedeihen könne. Polen ist in der Tat von der „Autarkie“ nicht mehr allzu weit entfernt. Aber es ist eine Autarkie des Landes, an der keiner seine Freude hat. Polen steht hinsichtlich seiner Einfuhr, wenn man diese wertmäßig auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, unter allen europäischen Staaten fast an letzter Stelle. Aber das kann doch niemand behaupten, daß die polnische Wirtschaft und daß vor allem der polnische Konsum, auf den es ja schließlich ankommt, dabei gut abgehintert haben. Einerseits sind durch die polnische Handels- und Wirtschaftspolitik die Preise für alle die Waren, die nicht oder nicht in ausreichendem Maße im Inlande hergestellt werden können, allgemein in die Höhe gedrückt worden, ohne daß doch die Inlandsindustrie dadurch vor den Verheerungen der Krise geschützt werden konnte. Und andererseits hat Polen, indem es durch seine fortgesetzten Einfuhrdrosselungen entsprechende Abwehrmaßnahmen des Auslandes gegen polnische Waren

projiziert oder verschärft, keinen eigenen Export in zunehmendem Maße nur noch durch eine künstliche Dumpingpolitik aufrecht erhalten können. Der polnische Konsum hat, je mehr sich Polen vom Weltmarkt entfernte, die doppelte Last der vollwertigeren Einfuhr und der verlustbringenden Ausfuhr auf seine ohnehin recht schwachen Schultern nehmen müssen. Die Voraussetzungen für ein gesundes autarkes Wirtschaftsleben sind in Polen nicht gegeben.

Am Zeichen der von der Regierung mit Wirkung vom 28. März dieses Jahres dekretierten Herabsetzung der Inlands- und Auslandspreise sind bereits jetzt schon beim Ratonitzer Demobilisierungskommissar Anträge auf die Genehmigung der Stilllegung von sechs Kohlengruben eingelaufen. Die Stilllegung wird für folgende Gruben beantragt: Radionau-Grube (Ede Henkel von Donnermark-Deuthen Elates lfd.), Wierek-Grube (Wierek-Grube A.-G.), Fannu-Grube (Hohenlohe Werke A.-G.), Grube Brade I (Südt von Pleß), Pleß-Grube (Südt von Pleß) und Vitandra-Grube (Gobulio S. A.), die zurzeit insgesamt noch etwa 6000 Bergarbeiter beschäftigen. Die Grubenbesitzer hatten von vordereinst erklärt, daß sie die Kohlenpreissenkung mit der Stilllegung der unrentablen Gruben, d. h. mit einer Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen, bevorzugen würden.

Aus der Bilanz der Ökonomie der Welt geht hervor, daß die Weltallost in den letzten vier Jahren fortgesetzt und in steigendem Maße mit Verlusten gearbeitet hat, und zwar in folgender Höhe:

1928/29	117 751 \$l.	1930/31	231 471 \$l.
1929/30	119 146 \$l.	1931/32	254 131 \$l.

Diese Verluste sind mit Rücksicht auf den kleinen Umfang des Betriebes als außerordentlich hoch zu bezeichnen. Sie entspringen vornehmlich der unzureichenden Beschäftigung. Auch hier sieht man wieder: Die Polen lassen sich den Luxus eines eigenen Handels und einer eigenen Seefahrt erlauben, während die Arbeiter der ökonomischen Welt hätten helfen und billiger in der Danziger Welt erlobt werden können. In Polen wird man das freilich nicht wahr haben wollen.

Die Deutsche Wacht an der Weichsel.

Roman von Kurt Oskar Vack.

Kaufbuch verboten.

Copyright by Weltkreis u. Co.

1. Fortsetzung.)

Als der 9. November 1918 Dilschki aus Mogdeburg befreit, hat er in letzten Monaten die Entente lieben gelernt. Seine Stunde ist gekommen. Am 14. November übernimmt er in Warschau die Staatsgewalt des Regimentsführers. Das Dreimärkerkolonnen: Erzbischof Rakowski, Fürst Dubomirski und Josef Oltromski, ist durch abgegebene Bewaffnungen zu sehr erschlagen. Jetzt aber braucht Polen freie Hand, die drei verschwinden . . .

„Clawinski hat, nach dem polnischen Seilschiffend 1830, gesagt: Für Deutschland wird es keinen natürlicheren Feind geben als ein wiederhergestelltes Polen!“

„Da können mir nichts mehr ändern. Unsere Aufgabe kann nur sein, die Rückführungswege der Offiziere zu sichern und bis zum endgültigen Frieden dort die Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Auf dieser Grundlage bauen General von Bergmann und Major Wagner ihre Pläne auf, die sie dem rangältesten Offizier des Kriegsministeriums, General von Wriesberg, unterbreiten. Herr von Wriesberg gibt zu den „Volksbeauftragten“ und sucht Genehmigung. Für die Volksbeauftragten gibt es keine Gefahr von außen, keine Gefahr im Inneren. Es gibt für sie nur eine Gefahr, die Reaktion. Als das Bewußtsein von der Grenze, von Polen, um Hilfe ruft, telegraphieren sie Antwort:

„Regelung der Polenfrage ist Sache der irdischen Arbeiter- und Soldaten.“

General von Bergmann und Major Wagner gehen noch immer den Plan nicht verloren. Klar und eindringlich stellen sie die Gefahren dar: es geht um das Schicksal von Millionen Deutschen, es geht um das Schicksal aller noch an der Ostfront befindlichen Soldaten, es geht um kolossales Material, um unendliche Mengen Lebensmittels.

General von Wriesberg kommt wieder von ergebenem Vortrage zurück. Die Regelung der Volksbeauftragten läßt alles in der Schwebe, sie erkennen alle Gründe an, aber sie scheitern bald, in einem General des alten Regimes eine derartige Macht in die Hand zu geben.

Die beiden Offiziere geben einen letzten Versuch. Sie bitten der Regierung ihr Ehrenwort an, nichts gegen Republik oder Revolution zu unternehmen oder zu dulden. Die Volksbeauftragten können sich auch dann nicht entscheiden. Ehrenwort? denkt Philipp Scheidemann, ist das so was Ähnliches wie der Viehdiebstahl eines Kaiserlichen Staatssekretärs?

Kolbats Lage vergehen. Und dann bringt General Wriesberg die Ablehnung der Regierung, die zwar in sich uneinig ist, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, aber . . .

Vorbereitet vorabgeschien sind die beiden Offiziere. Major Wagner bittet, ihn von der seitigen Mitarbeit an solcher Seite von Landesverteidigung zu befreien und beantragt seine Verlegung aus dem Generalstab zur Gruppe.

Es ist die Stunde Dilschki. Es ist auch die Stunde der Polen in der preußischen Provinz Polen.

„Sprechen Sie das erlösende Wort, und Hunderttausende strömen zu Ihren Jochen . . .“ hat einst, im Hotel Aldon zu Berlin, der polnische Prinz Radziwili die Abgeordneten der Reichstagsmehrheit bekehrt. Man hat ihm geglaubt, man hat der Sachkenntnis des Generals von Wefeler vertraut. Und als das erlösende Wort, die Ausweisung des Königreichs Polen, am 5. November 1916 gesprochen ist, können wenige hundert . . .

Die beiden Kaiser sehen zu ihrem Wort: sie geben den Polen die Selbstverwaltung, geben ihnen selbständige Organisations aller Gebieten, dem Schulwesen, dem Armenwesen, Wobebau, der Volkshygiene.

Rübl und ungerührt schauen die Polener Polen zu. Wer gern gibt, soll dreifach geben! Und was die Mittelmeere noch nicht jugelnden haben, das wird der Feind geben. Rübl und zielbewußt bereiten sie Ereignisse vor. Der polnische Klausur, der die Massen in der Hand hat, führt.

Unter den Augen der Preussischen Regierung, unter den Augen der Volksbeauftragten berufen sie zum 3. Dezember 1918 nach Polen einen polnischen Landtag ein.

Die Deutschen der Provinz — im Regierungsbezirk Posen sind es die Hälfte, im Regierungsbezirk Bromberg mehr als die Hälfte der Einwohnerzahl — beschließen das Schicksal des Schicksals die Demonstration des Landtags als polnisches Jubelfest; sie nennen ihren Oberpräsidenten von Eberhardt-Rothe ob seiner Energie: non Ploumenenwie-Elia; sie entsenden Kommissionen nach Berlin, die bis zu Ebert drängen.

„Wir erkennen Ihre schwere Not an“, jagte Ebert, „aber wir haben selbst schwere Not; helfen Sie sich selbst! Schlimm, schlimm für uns!“

„Dziennik Ponianski“, die Polener Polenzzeitung, schreibt: „Die Deutschen müssen sich das jetzt einmal klar zum Bewußtsein bringen, daß, solange sie die polnischen Landestelle belegen werden, das einzige Verbrechen, das möglich und auch ihnen noch haben sein kann, der Haß und der Kampf ist.“ Die Deutschen irren, die, da meinen, daß einige, loger gewichtige Jugendschicksale dieses grundtätliche Verhältnis ändern können . . .

Die polnische Minderheitenpolitik.

Die Agrarreform.

Das amtliche polnische Geleblblatt veröffentlichte am 1. April die Namensliste derjenigen Personen, deren Güter auf Grund des polnischen Agrarreformgesetzes im laufenden Jahre der zwangsweisen Pachtlieferung unterliegen. Es ergibt sich daraus die Tatsache, daß unter den 13 der zwangsweisen Pachtlieferung unterliegenden Gütern neun deutsche Besitzungen sind, die in Polen und Pommern liegen. In Polen und Pommern, wo sich der deutsche Grundbesitz gegenüber dem polnischen in der Minderheit befindet, werden 1415 Hektar deutscher Boden und nur 660 Hektar polnischer Boden zur zwangsweisen Pachtlieferung und damit zur Übergabe an polnische Siebeler bestimmt. Im gesamten übrigen Polen sind nur 400 Hektar von dem ungeheuren Landumfang der zwangsweisen Pachtlieferung bestimmt. Polen umfaßt insgesamt 52 Mill. Hektar Grundbesitz, wovon auf deutschen Grundbesitz in Polen und Pommern etwa 350 000 Hektar, d. h. etwa 7 v. H., entfallen. Von dem Brutto der verpachteten Ländereien entfallen etwa 20 v. H. auf deutschen Grundbesitz, während der deutsche Anteil am agrarreformfähigen Grundbesitz nur knapp 7 v. H. beträgt. Der Entscheidungscharakter dieser Maßnahme kann nicht deutlicher bemessen werden als durch die Gegenüberstellung des deutschen Anteils einerseits am Gesamtgrundbesitz und andererseits an der zwangsparzellierten Fläche.

Von der Zwangsverpachtung werden folgende deutsche Besitztümer betroffen:

Im Kreise Schubin: 235 Hektar von den Rittergütern Greshof und Gromaden (Gromodno). Eigentümer: Siegmund von Greshof und Robert von dem Ruzsbeck;

Im Kreise Wirsitz: 325 Hektar von den Gütern Charlottenburg Gut (Schmerowo Smór) und Charlottenburg (Schmerowo), Eigentümer: Hans Kammer; 145 Hektar von dem Gut Wolsens (Wolszenia) mit ein Bormerken Rattay (Rataje), Wolszanka (Wolszanka), Ludowo, Gberspark (Giersko), Anführung Sehof (Kol. Wagonicy) und Anführung Plesko (Kol. Plesko), Eigentümer: Graf Friedrich von Limburg-Stirum;

Im Kreise Culm: 105 Hektar von den Gütern Poparyn und Groß Cunau (W. Cunamy), Eigentümer: Kurt Reichel;

Da erwartet der Landrat der Volksbeauftragten: wie in den hohen Osten Angst Winzig, so nach Breslau Hofling, entgegenliege sie auch nach Polen einen desvollmächtigten Staatskommissar: Herrn Helmut von Gerlach.

Die Deutschen in Polen bekommen den Herrn Staatskommissar wenig zu sehen; er holt sich seine Informationen an unglücklicher Stelle, bei den führenden Polen. Die erkennen bald, was Gefährs Kind der Politik ist. Sie micken ihn mit schönen Worten ein, sie lassen gar Exzellenz zu ihm. Da kann er nun und nimmer wiedersehen. Und sein Telegramm nach Berlin lautet:

„In Polen alles in schönster Ordnung!“

Anton Klimek würde gern einmal das Fenster aufziehen und fragen, warum zum Donnerwetter der Zug hier hundertmal auf der freien Strecke zwischen Breslau und Gnesen hält. Aber der Wind draußen ist sicher noch kälter als diese Temperatur. Dritter Klasse soll geheißen sein, doch wenn man einen Schriftführer Jemter hat und Angehörten des Garnison-Soldatenrates Eborn ist, hat man eben auch seinen Stolz. Er tragt, die Hände tief in die Manteltaschen vergraben, drei Schritte hin, drei Schritte zurück.

Zach einer halben Stunde ist der Kampf zwischen Stolz und Würde entschieden. Klimek steigt über die Plattform in den nächsten Wagen, der nur Astride Dritter Klasse hat. Auch hier sieht kein Mensch. Aber es ist warm. Aufstehend löst sich der junge Mensch aus seinem Mantel.

Zach Minuten ist ihm warm genug. Er zieht das Fenster auf und fragt einen Beamten, was denn los sei. Es geht gleich weiter, er fährt er. Es geht auch weiter, bis zu einer kleinen Station. Dort verlinkt die Maschine wieder in Winterfeld. Beschriftete Reden drängen jedoch die Hände auf der Hebelstange. Er rührt, daß das Signal nicht gezogen war und daß auf der ganzen Station kein Eisenbahn zu finden ist. Die Petroleumlampe im Wartelokal brennt, der Telegraph funktioniert nicht. „Natürlich fahren wir weiter!“ ruft Klimek eine wortreiche Konferenz der Zugbeamten zu entscheiden. Die Wohnung des Vorstehers ist offen und leer. Im Küchenherd glimmen noch Kohlen.

Wahelwundek wird vorläufige Weiterfahrt beschlossen. Schön laut pfeift die Maschine. Klimek verlinkt in wohlige Edumereien. Während langsam und mit kleinen Rucken der Zug sich vorwärts schiebt, rudert er das Diakon, das zum Schließen der letzten Kriegsglocke auffordert. Auch die Schminke denkt er und beschließt, den Kopf des Feldgrauen nachher abzurufen. Da öffnet sich plötzlich der Mund des Plakats wie eine kleine unregelmäßige Blüte und freisetzt ein paar Hölzsplitter heraus. Zugleich klopft etwas hart an die Wand neben seinem Kopf.

im Kreise Berent: 65 Hektar von dem Gute Gora, Eigentümer: Max Schulz-Gora;

Im Kreise Reval: 70 Hektar von den Gütern Klanin (Klanino) und Duberode (Dobrodno), Eigentümer: Anna von Graf; 195 Hektar von dem Gut Rekau (Rekono), Eigentümer: Paul Mahnke;

Im Kreise Stargard: 40 Hektar von den Gütern Niemdale (Niwald) und Spengamsken (Spiegomski), Eigentümer: Olof Str. v. Palaske;

Im Kreise Dirschau: 235 Hektar von dem Gut Smarofsin (Smarozyn), Eigentümer: Erich Freibert von Palaske.

Entscheidung des Tabakmonopol-Warenverkaufs.

Am März ist dem Kaufmann Gebauer in Kolmar i. Pof. der Kleinverkauf von Tabakmonopolwaren, welchen er seit 1926 ununterbrochen innehatte, und welcher seine Haupterwerbsquelle war, ohne jeden Grund und fruchtlos entzogen worden. Wie verlautet, sollen weitere vier Kleinverkaufsstellen in derselben Stadt von demselben Schicksal betroffen werden. Daß hierbei gleichfalls nur deutsche Geschäftsleute in Frage kommen werden, dürfte kaum in Zweifel zu ziehen sein. Der erwähnte Gebauer ist Führer der dantschen Städteverbände in Kolmar und der deutschen Preisstagsverbände in der Kreisstadt. Dieser Umstand hat zu der Verkaufsentscheidung Veranlassung gegeben.

Deutscher Schulleiter nicht bestätigt.

Das Schulkuratorium in Polen hat dem Studienrat Georg Schulz die Bestätigung als Leiter der Privatvolksschule in Kamisch verweigert, nachdem ihm schon im Oktober v. J. die Leitung des Privatgymnasiums entzogen worden war. In beiden Fällen ist die Maßregelung ohne Angabe von Gründen erfolgt. Direktor Schulz hat seit etwa 20 Jahren im praktischen Schuldienst; seit 1920 leitete er in seiner Vaterstadt Kamisch die damals neugegründete höhere deutsche Knabenschule, die kurz darauf mit dem Absterben Luyem vereint wurde. Vor zehn Jahren wurde er als Direktor der aus dieser Zusammenlegung entstehenden Gesamtschule von der Behörde bestätigt. Die unglückliche Maßregelung des verdienten Schulmannes ist ein Beispiel dafür, wie von den polnischen Behörden das im vergangenen Jahre in Kraft gesetzte Privatvolksschulgesetz im minderheitenfeindlichen Sinne angewandt wird!

Sekundenlang starrt Klimek dies Dämonen an, dann ist ihm klar, daß geschossen wurde. Zugleich blät der Zug mit knirschenden Bremsen, Klimek ist nicht feig. Er springt gebückt zum Kopfen des Wagens und ruft auf die dunkle Plattform. „Wer schloß denn das?“ brüllt er, als nichts zu hören ist. Keine Antwort. Der Zug ruckt, bewegt sich... rückwärts. Zwei, drei Schiffe hallen aus unheimlicher Entfernung. Klimek will abpringen, doch der Zug legt eine ziemliche Geschwindigkeit vor. Er geht durch den Wagen. Am Nebenabteil ist die Scheibe zertrümmert, ein Pöbeln an der Wand zeigt einen Einschlag. „Von draußen!“ hallt Klimek fest.

Zach ein paar hundert Metern hält der Zug. Draußen sind Stimmen. Klimek unterscheidet deutsche Soldaten- und Eisenbahnbeamtenuniformen. „Habt ihr etwa geschossen!“ schreit er die nächsten Gestalten an.

„Wer bist du denn, mein Sohn?“ fragte eine Stimme aus dem Dunkel.

„Dem Volksgeschussch der Ehrener Soldatenrats. Ich will wissen, wer hier geschossen hat!“

„Da halt aus gerade noch gefehlt!“ Die Stimmen entfernen sich. Die Nachtachtung gebt Klimek zu weit. Er hört den Schottengelallen nach, erwacht in einem Armel.

„Wer ist hier der Führer?“ brüllt er. „Ich will wissen, was hier los ist!“

Von unten kommt eine rauhe Stimme. „Beruhigt mal den Knoben ein bißchen, denn ist zu wohl!“ Der rote Armel der Gestalt, die Klimek erfasst hat, beschreitet in der Luft einen Halbkreis und landet mit seinem vorderen Ende in dem Soldatenrätlichen Gehst. Er taumelt. Schottengelallen greifen nach ihm, hüpfen ihm den Mantel über den Kopf, Riemen pfeifen durch die Luft...

Jauchendes Heulen etwa zwanzig Schotten, Gewehre tragend, auf die Maschine.

Von rechts kamen die Schüsse? Die Brüder müssen wir noch ermöglichen. Los, fahren Sie!“ Dem Führer der Lokomotive ist nicht sonderlich wohl zumute. Er sucht sich mit hunderten Gräben aus der Wäse zu ziehen. Aber er findet kein Schütz. „Qualsch! Scheren Sie!“ Der Herr, der da kommandiert, stellt sich neben den Kessel, ablangend, bereit, harret in die Panselstößl hinaus. Der Zug fährt langsam vorwärts.

Klimek, in Schräger und Blut, teilt sich den Hosenboden und läuft dem Zuge nach. Er entschließt die Eisenleiter des letzten Güterwagens, klemmt sich fixierend in ihre Sprossen. „Schmeißer... Schmeißer... marmelt er. „Ra, auch kriegt ich noch raus! Ich werde Euch helfen.“ (Fortsetzung folgt.)

Ostland-Kultur

Preußens Ostmärker.

Wir waren Preußens letztes Aufgebot,
Und seine Ehre lag in unsrer Hand.
Mit unsrer Ehre fiel und stand
Die stolze Fahne schwarz-weiß-rot.

Und so erfüllen wir die heilige Pflicht.
Der Glaube in uns wuchs so groß wie nie.
Jetzt trug es den Haß uns rings umhrie,
Vor Deutschland unsrer Jüngerlicht.

Und blieb in uns das, was es immer war:
Das ewige Reich voll Ruhm und hellem Glanz.
Jetzt trug es einen Dornenkranz
Auf dem vom Leid jersauften Haar.

Wir glauben an das Recht und an die Tat.
Die Freiheit unsrer Heimat war das Ziel.
Und wer für Recht und Heimat fiel,
Ging in sie ein als neue Saat. —

Dann kam ein Tag, da standen wir allein. —
Der Völk' leucht uns höhlich ins Gesicht.
Und wir? Wir schlugen ihn drum nicht,
Wir hüllten still die Fahne ein.

Dann trugen wir das heilige Sohnenbuch
Als ein Vermächtnis in das deutsche Land. —
Wir sind von Gott verhüllt geliebt,
Zum Segen wurde Polens Fluch.

Wir waren Deutschlands letztes Aufgebot!
Ruh' laßt die heilige Fahne wieder wehen.
Sie kindet Deutschlands Aufrichter
Und unsrer Heimat Morgenrot!

Fr. R. Kriebel.

Von Bismarck bis Hitler.

Von Dr. Franz Böhke.

Es ist zweifellos, daß künftige Geschichtsschreiber das Zeitalter von Bismarck als Hitler als eine Epoche ansehen werden, die von einer einheitlichen Dynamik getragen ist. Diese Epoche von Bismarcks Anfängen bis zu den Tagen, die wir jetzt durchleben, umfasst mit ihren etwa 75 Jahren das zweite Reich der deutschen Geschichte in seinem Entstehen, Sein und Vergehen, das ihm folgende Mittelreich und die beginnende Entfaltung des Dritten Reiches.

Dieses Zeitalter ist von Spannungen durchpulst, wie keines zuvor; insofern und durch Schicksale charakterisiert, wie nie ein anderes. Bismarck höchster nationaler Herrscher (1871, 1914) und das Grauen tieferer Kräfte (Gründerzeit, Revolte 1918) finden sich hart nebeneinander. Wir leben Deutschlands Stiefeljahr und tiefe Erniedrigung, imperialistische Ausweitung und schmachvolle Verklammerung, finsternen Reichtum und ebenso finstere Armut. Eine bunte Sülle scheinbar widersprechender Geschehnisse auf zeitlich engstem Raum; zuweilen in ein einziges Menschenleben zusammengefaßt, wie bei Hindenburg, der als junger Offizier der Kaiserproklamation in Versailles beistand und das Bismarckische Reich mitgestaltet half, am noch Friedensjahre Weltkrieg und Soldatenmord die Pforte zum Dritten Reich, dem Reich Adolf Hitlers, aufzuschließen. Hindenburgs Verweigerung, so darf man sagen, reißt von Bismarck bis Hitler. Hindenburg, die in hellen Sinn konstruktive Persönlichkeit, sieht damit das eigene Schicksal eingestürzt zwischen zwei Revolutionäre größten Ausmaßes. Bismarck und Hitler sind beides Führer einer nationalen Revolution. Das erstemal kam sie von oben, das zweitemal von unten. Bismarck vermittelte die nationale Revolution durch seinen König und die deutschen Fürsten, Hitler vermittelte sie durch das Volk. So schließt sich diese Epoche innerlich zusammen, von einer Revolution am Anfang bis zu der von uns erlebten am Ende.

Was Bismarck mit seiner gewaltigen Kraft erreichte, war nämlich deutsche Revolution. Durch seine Reichsbehauptung schloß er zwei Jahrtausende deutsche Zersplitterung ab. Er erklirte auf den Schlachtfeldern dreier Kriege Deutschlands Recht unter den Völkern und versuchte, durch seine soziale Gesetzgebung den inneren Frieden des deutschen Volkes zu sichern. Mit staatsmännlichem Blick erkannte er die Gefahr, die sich im deutschen Ostraum vorbereitete, und suchte sie wenigstens friedlungspolitisch zu bannen. Aber sein großes Versehen war, daß er unvollendet blieb, da es aufgab war auf dem 19. Jahrhundert beherrschenden Liberalismus. Es war unmöglich, der liberalistischen Lebensgestaltung durch nationale und soziale Impulse unbegrenzte Dauer zu gewährleisten. Der Liberalismus war im Grunde zu sehr in internationalen und indiovidualistischen Gedankengängen ver-

ankert, als daß er die größte Probe bestehen konnte, die unserm Volk vom Schicksal befohlen war: den Weltkrieg.

Die gewaltsame Überwindung des politischen Marxismus gelang Bismarck nicht, da er die Fundamente des Marxismus, Liberalismus und Demokratie, anerkennen gezwungen war. Insofern dessen mifslung auch die Überwindung des Klassenkampfes, mihlung die notwendige reiflose Einbeziehung der Ostmark. Überall sah sich Bismarck durch die demokratischen Mächte seines Zeitalters gehemmt; so mußte er seine Schöpfung durch ein hartes Heer, ein junges Regiment und eine pelagische Außenpolitik zu sichern versuchen. Sein Auscheiden aber wurde zur Katastrophe.

Groß äußeren Glanzes und schämbarer Unbegreiflichkeit waren mir nicht imlande, das ungeheure Schicksal, das nun über uns fürste, zu meistern. Wir drachen zusammen, da wir uns weder großdeutlich noch ostpolitisch, weder zur Volksgemeinschaft noch zur jersich und geistig geschlossenen Nation entwickelt hatten. Dies blieb dem Dritten Reich vorbehalten.

Zur eine noch gemaltigerer Revolution als die, die Bismarck von oben her eingeleitet hatte, konnte uns retten. Sie vollendete Hitler mit seinem Volk, das im Grunde hoch deutsch geliebten war. Seinem Führertum gelang es, in den Jahren tieferer Not und hart am Abgrund sein Volk mitzureißen, in ihm den Willen zum Leben und zur Zukunft zu entfachen und gemeinsam mit ihm die größte Aufgabe zu wagen: Bismarcks Werk neu zu formen und das Dritte Reich zu gehalten. Was Bismarck unter den Voraussetzungen seinerzeit nicht erreichen konnte, erreichte Hitler fast im ersten Ansturm: die Ausschaltung des Marxismus, die Beilegung der Demokratie, die Einbeziehung des Reiches in der Führung der Fender und Stämme. Nun ist die Bahn frei, das in Angriff zu nehmen, was eine liberalistische Tra nie vermocht hätte: Schaffung der Volksgemeinschaft, Befreiung vom Internationalismus, Gehaltung des Oststroms, Erhaltung Großdeutlichkeit. Dies Werk ist im so schwieriger, als mir, entzoffen, und seinblichen Mächten umgeben sind, die unsern Aufstieg hindern wollen. Verfolles hat unsere Souveränität verlohnen; ein hartes Schicksal steht wider uns. Aber auch dieses Schicksal muß gemeistert werden.

Zwei Jahrtausende deutscher Geschichte liegen hinter uns, an ihrem Abschluß ragt die Gestalt Bismarcks. Sein Nachfolger im Rangherant aber, Adolf Hitler, steht am Beginn des dritten Jahrtausends, als Führer eines völkischen Aufstrebens, wie ihn die Welt noch nie gesehen.

Der polnische Aufstand in Posen.

5. Fortsetzung. Von Hermann Pilschke.

Es gab dafür menschliche Anzeichen. Gerüchte von großen Siegen der Russen und vernichtenden Niederlagen der Deutschen tauchten überall auf. Opferbraten sollte verloren, Königsberg genommen, Chorn belagert und die russischen Truppen im Marsch auf Danzig sein. Niemand konnte die Quelle feststellen. Aber man wies auf polnische Kreise hin. Behörden und Presse murrten („Pol. Tagesbl.“ Nr. 370 vom 10. August). Ein polnischer Arzt in Posen mußte verachtet werden, da er an Polen auf Wunsch Krankheitsheife ausstellte zum Zwecke, sie vom Militärdienst zu befreien. Mir wurde von zwei Personen eine Anzeige überbracht, daß ein pensionierter Caubstumenlehrer, der sich sonst als Deutscher aufspielte, mit dem Photogrammenapparat in den neu angelegten Befestigungen um Unterberg betreffen worden war. Ich ging dem nach und fand die Angaben bestätigt. Von einer offiziellen Anzeige wurde abgesehen, weil sie nicht erwünscht war. Durch Krieg vom 16. August 1914 wurden Übungen zur militärischen Erziehung der Jugend eingeführt. Es handelte sich dabei um die noch militärfreien und doch schon herangezogenen jungen Leute. Die Formationen standen unter dem Kommando eines Majors Mirand. Ich führte eine Kompanie. Kein polnischer Führer und Schiiler war in den Reihen zu finden. Nur ein paar Verbrügte, die bei deutschen Meistern lernten, waren unfreiwillig erlöhnten und bildeten eine läbliche Beilage. Kaum waren wir eingetroffen, da erschienen auch schon polnische Sokols und Skouts in ihrer Uniformen und machten ihre militärischen Gefändübungen. Sie handelten wenigstens äußerlich immer unter dem Kommando eines polnischen Offiziers der Gwiazdowice. Wir brachten die Angelegenheit bei meinem Major zur Sprache und boten ihm, sich bei dem Generalkommando zu verwenden, daß dieses Sonderunternehmen mit politischem Hintergrund aufhöre. Das hat er getan. Er berichtete uns, daß der polnische Führer nur unter der Bedingung eingewilligt hätte, daß bei den Übungen das polnische Kommando benutzt würde und die polnischen Formationen unter ihrer polnischen Führung blieben. Man ließ sich das gefallen und verzichtete auf die Erlaubnis. Und doch mußte man gemortet sein. Bei den polnischen Aufständen 1863 wurde ein Verhörprotokoll unter den Schülern der höheren Schulen entworfen. Das Gymnasium in Czarnkowl mußte für immer geschlossen werden und in Posen wurden von dem tschilischen Marienmagnum

36 Schüler mit Gefängnis bestrift. In derselben Schule hatten die Schüler der Prima am Geburtstag des Kaisers kurz vor dem Kriege das Kaiserlied mit Zischen und Fußhärchen begleitet. Es gab einige Stunden Karzer. Sonst schweig wie die Säge to.

Im Herbst 1914 fand in der Garnisonkirche in Polen die Ertragung des ersten Kriegsblinden statt. Ein Sonderkomitee hatte sich seiner ganz besonders angenommen. Eine bekannte Sängerin des Polener Stadttheaters sorgte abends zur Orgel ein religiöses Lied zu singen. Der polnische Geist war dabei mit dem Begriffe verbunden, daß der Kriegsblinde polnischer Rationalist sei. Es mußte polnisch gelungen werden. Nun war aber niemand in der ganzen Truagemeinde, der nicht deutsch sprach. Man gab aber nach. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich auf ein lateinisches Lied, dessen Sinn außer dem Geistlichen konnte jemand verstand, am meisten die, die es sangen. Bei der Eintragung der Trauzeugen stellte sich der Geistliche lo, als könne er den Ramen Buchholz nicht richtig schreiben und rodrachte dabei ein lo jämmerliches Deutsch mit voller Absicht, als hätte er nie eine deutsche Schule besucht. Von deutscher Seite nahm man die Angelegenheit mit Humor auf, lo traurig und beschämend war aber die Polen beklagen sich noch heute über unerhörte kulturelle Zurückung.

Mittlerweile hatten sich die russischen Armeen gesammelt. Der Vormarsch begann. Bei der vorgezobenen und offenen Lage Ostpreußens und Galiziens mußten die Heere zunächst an den beiden Flügeln aufeinanderberohen. Rund einen Monat, von Mitte August bis September, dauerten die Stigelschlachten. Im Süden mußten sich die Ostpreußen nach anfänglichen guten Erfolgen kämpfend zurückziehen. Die deutschen Heeresberichte verzeichneten jedoch die österreichischen Siege wie die russischen. Die Fremde der Polen wußten. Sie glaubten die deutschen Heeresberichte überaus nicht. Sie mußten von großen Verlusten der Ostpreußen zu erzählen und zu berichten, daß in der Schlacht bei Lemberg ganze österreichische Formationen zu den Russen übergegangen seien. Sie waren also im Besitz eigener Informationen. Infolge dieser Stellungnahme mußte die Spannung in der Bevölkerung. Da schuf der Sieg Hindenburgs bei Tannenberg ein völlig neue Lage. Die russische Reararmee wurde vernichtet und die Melmelasie zurückgeworfen. Sie entzog sich nur durch schleimigen Rückzug seinem vernichteten Schicksal. Der Sieg Hindenburgs machte auf die Polen einen tiefen Eindruck. Seit eine Woche lang wurden die Galizianer durch Polen in Läng, hinf aufeinander folgenden Zügen ins Innere von Deutschland transportiert. Vorantr auch die monnbesten sibirischen Schützenregimenter. Nach anfänglicher Reueger zogen sich die Polen völlig zurück. Sie konnten die Truppen, auf die sie lo große Hoffnungen gesetzt hatten, nicht halten. Schnell darauf folgten große militärische Verchiebungen. Ungarische Kavallerie ging nach Ostpreußen hinauf, und die Truppen des ostpreußischen Siegels wurden zum Teil nach Oberflüssen geworfen. Auch Hindenburg mit seinem Stabe zog um. Anlässlich war der Verkehr mit den Soldaten der Transporte unterbrochen. Bald aber mußten die Besatzung abgerückt werden. Der Verkehr für drei Seiten völlig eingestellt werden. Aber und Spionage hatten sich bemerkbar gemacht. Man war zur Vorsicht gezwungen.

Mitte Oktober kam das Hauptquartier des Offens nach Polen. Hindenburg brach mit seinem Stabe das Kaiserlied. In einem Sonnenabend, dem 10. Oktober 1914, war er unbemerkt eingekehrt. Am Sonntag früh mehte auf dem Kaiserhof die Kriegslage. Fast sieben Monate blieb Hindenburg, der selbst ein Polener Kind ist, in Polen. Wir hatten in dieser Zeit oft die Freude, den stillen, stierernen Mann zu sehen. Einige Male bin ich mit anderen zu ihm als Führer in der Jugendorganisation gebeten worden. Seine Welt ist genau noch in der Höhe. Da schien alles Recht und alles Ordnung an ihm zu sein. So gar nichts von dem Scheitern eines hohen Militärs. Kleine Vorbereitungen überragte er mit Schweigen. Nur in den kleinen schlagrauen Augen lächelte dann der Schalk.

Zu derselben Zeit führte das steilerretende Generalkommando in Polen v. Vornhardt. Weisig und militärisch wie auch in seinem persönlichen Auftreten war er etwas ganz Besonderes. Man konnte ihn bald unter den Offizieren aus. Man sah ihn gar nicht selten ohne lebe Begleitung in der schlichtesten Aufmachung auf Viehstiegen. Man führte seine Hand überall. Er griff durch. Er hatte aber den Wunsch, an die Front zu kommen. Wir beklagten seinen Sorglos. Unter ihm wären die polnischen Vorgänge in Polen nicht möglich gewesen. Sein Hofpolier war Volk v. Dolach. Jeder ein Mann aus ganz anderem Holz. Nun kamen Tage voll größter Spannung und Sorge über das Deutschland in der Provinz Polen. Die russische Hauptmacht mühte sich langsam heran. Vortruppen hatten bereits in Pleschen gelüftet. Da durchbroch Macken in raschem Vorstoß den russischen rechten Flügel in den Schlachten von Wloclawek, Kutno, Odz (14.—16. November). Der Vormarsch kam zum Stehen. Auch erditterten und schmerzigen Kämpfen konnte Hindenburg am 17. Dezember den Rückzug der Russen melden.

Wir huldigten ihm im Ehrenhof des Schlosses. Die Ärzte klagen über mangelhafte Versorgung der Verwundeten und Kranken. Da wurde das System der Vertrauensmänner eingerichtet. Zivilpersonen in vertrauenswerten Stellungen wurden dazu bestimmt, mit den niederfliegenden Soldaten Sühnung zu halten, sie zu beraten und sie auf die nocheinige Behandlung vorzubereiten. Ich wurde Vertrauensmann, und hatte von nun an freien Eintritt zu den Caparets. Die Kranken waren im allgemeinen entzogenkommend und weilig; auch die polnische Rationalität. Das änderte sich aber bei gemissem Verleben. Sobald

gemisste polnische Selbstbeherrschung vom Lande erbt dagemelten waren, mußte man mit hartnäckigem Widerstreben rechnen. Das führte endlich zu einer Verdrückung der Besucher und der Beobachtung.

Diese Beobachtungen mögen wohl zu verdrückter Aufmerksamkeit genötigt haben. Februar 1915 kam man dem gebirgen Komitee der Polen, von dem Rippeki spricht, auf die Spur. Es wurde aufgelöst und verboten. Die Fortsetzung seiner Tätigkeit hat man damit nicht unterbinden können.

Zu den ersten Maltagen verhandelt Hindenburg mit seinem Stabe plichlich aus Polen. Gleich darauf letzte der Durchbruch bei Gorlice ein. Die Umgehung der Weichselufer begann. Ende September 1915 machten außer Truppen in der Linie Riga—Dünaburg—Pinsk—Sjernowits halt. Sie hat im Verlauf des Krieges wesentliche Veränderungen nicht mehr erfahren, trotz der schmerzlichen russischen Angriffe.

Durch die Verlegung dieser Kampflinie war ganz Kongreppolen in die Hände der Mittelmächte gekommen. Wie diesem Staude hätte man ohne ihre Einwilligung die polnische Frage überhaupt nicht lösen können. Darum war in ihr äußerste Vorsicht geboten. Auch die Feindbündnisse hatten sie bisher alle in Rückwärtspositionen behandelt. Sie die Mittelmächte mußte Polen als ein Objekt ihrer Verhandlungen angesehen werden. Jede vorreilige Aktion der polnischen Frage mußte sich darum löblich auswirken. Vor allem mußte man, daß Ausland Wert auf den Besitz Polens legte, das es als ein weites Glacis darbenante. Zudem mußte man mit politischen Unruhen in Russland rechnen, wenn die Mittelmächte instande waren, die Angriffe auszuhalten. Dann war die Möglichkeit eines Sonderfriedens und eine für die Mittelmächte gezielte Lösung der polnischen Frage möglich.

Johns Sonderkriterien in der Sache ließen keinen Raum. In dem Gefühl, daß das Schermergeit der Entscheidungen von nun an in die Hand der Mittelmächte übergegangen war, verließ Omomski im November 1915 Russland, um bei den übrigen Feindbündnissen für die Wiederlage Deutschlands und die Errichtung des freien Polen nach seinen Ideen zu wirken. In der Schweiz begründete er mit dem Schriftleiter des Kurier Pomsanski Marian Sedwa aus Polen und Podersheim eine Pressestelle. Das Geld für diese und die weiteren Unternehmungen kam zunächst aus Polen, später auch von den amerikanischen Polen, das hat Omomski selbst in seinem Werke „Politika polska“ mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Sedwa darrmittelte ebenso den Verkehr mit den Polener Polen und Kongreppolen mit der Entente. Von der Schweiz aus richtete man politische Agenturen in Rom, Paris und London ein und entfaltete eine sehr lebhaft Tätigkeit. Ein Kubel erzieher, geschickter, kenntnisreicher und fanatischer polnischer Agitatoren, die vor keiner Mühe und keiner Falschung zurückschreckten, waren von jetzt ab zu Deutschlands Raubteil im Auslande tätig. Ihre Spionage und Helfertätigkeit offneten ihnen überall Türen und Tore.

Für diese Zwecke war die Lage der Polen seit Herbst geradezu günstig. Alle drei Geleibteile konnten von nun an in Verkehr treten. Ihre politische Verberührung konnte sich ungehemmt ausbreiten. Sie besaßen in den Regionen die Grundlage für ein polnisches Heer. Sie loben in allen Verwaltungen, in Österreich bis in die Militärhöfe hinein. Sie waren in allen Heeresstellen vertreten. Sie sahen in den deutschen Parlamenten. Wichtige Maßnahmen konnten ihnen gar nicht verborgen bleiben. Sie waren über alle deutschen Angelegenheiten aus erster Hand unterrichtet. Ihre Arbeiter, geleitet von einer zielbewussten, fanatischen Geleiblichkeit, waren in allen Fabriken und Kriegswerken tätig.

Sobald der unterirdische Nachrichtendienst erst organisiert war, konnte den Feindbündnissen eigentlich nichts mehr verborgen bleiben, zumal der Wille der Abwehr bei den deutschen Regierungen stellen lo länger je mehr nachließ. Schließlich hat die deutsche Heeresleitung durch mehrerlei Maßnahmen ungeeignet zur Vorbereitung des späteren Auffrisches beigetragen. Und das kam lo:

Die Heeresverwaltung hatte von der Befehung der feindlichen Gebiete nun auch die Pflicht, für ihre Verwaltung zu sorgen. Die Selbstverwaltung war in Polen wenig entwickelt. Man fehlte den Deutschen fast ganz die Kenntnis der polnischen Sprache. Man mußte wohl oder übel auf die Polen aus dem Posenland zurückgreifen. Die Heeresleitung mochte damit häufig geradezu die polnischen Verberörer zu amtlichen Organen, die nun unter dem Schutz ihrer Stellung, auch bezahl von Deutschen Reich, unbemerkt die Untergrabung der deutschen Macht befordern konnten. Einen Stab von Generälen landten sie bald.

Deutschland mochte überall in Kongreppolen um die Gunst des polnischen Volkes. Um sie zu erwerben und sich zugleich als Kulturloik zu zeigen, ordnete man das Schulwesen in Polen. Dazu gebrauchte man Lehrer mit polnischen Sprachkenntnissen. Man zog also Lehrer polnischer Rationalität aus der Front und schickte sie in die Schulen. Wie Deutsche in der Heimat haben das niemals erfahren können, zumal in einer Zeit, mo jeder Mann in der Front gebraucht wurde und unsere Truppen unter der Valt der Arbeit zusammenbrachen. Es wäre wohl, nachzufragen, wer diesen Einfluß einmal gehabt und durchgesetzt hat. Werden die Lehrer noch nicht Rationalisten, lo mehren sie es in dieser Stellung über bald. Als Schriftleiter der „Polener Verberzeugung“ war ich zugleich Berater der Lehrerhöfe in schulischen Dingen. Die Anfragen der Kollegen im bunten Reich verrieten mir dann ihre Stellung im Dienste der polnischen Schule sowie den Ort ihrer Tätigkeit. Später traf ich sie regelmäßig als Führer bei der polnischen Erhebung. Die Regierung hatte ihnen selbst die Gelegenheit gegeben, sich dafür auszubilden. Auch auf anderem Gebiete habe ich daselbe beobachtet. Ich lernte in Polen einen Kriminalbeamten

kennen. Er wurde später dem Generalkommando Bielefeld zugeteilt. In den ersten Revolutionstagen trafen wir uns als alte Bekannte wieder. Zur Botie er dem Auftrag, eine Hausdurchsuchung bei mir abzuhalten. Er war Revolutionär. Man kann daraus leicht den Schluß ziehen, in welchem Sinne er sich in Warschau betätigt hat. Solche Fälle habe ich zu Tausenden erlebt. Das mußte die deutsche Mächtigkeit untergraben. Die Deutschen verloren schließlich bei dem Abziehen die Achtung. Sie begannen mit der deutschen Verwaltung zu spielen.

Völlig unerwähnt war in Deutschland in der Provinz Polen die Auslösung des Königreiches Polen. Übermann schüttelte den Kopf. Aus der Kenntnis des politischen Charakters heraus nahm jeder an, daß Bielefeld und Lubomirski hier eine ganz grobe und grobe Gründung zum Opfer gefallen waren. Niemand konnte ferner eine gezielte Lösung zu Ende denken. Wir teilten einige politische Kollegen, von denen wir wußten, daß sie in der polnischen Bewegung standen. Sie lachten. Sie meinten nicht ab. Sie stimmten auch nicht zu. „Wer gibt Deutschland ein Recht, über Polen zu verfügen? Werden die Gegner Deutschlands diese Lösung dulden?“

„Wir wollen ein Polen, wie es uns gefällt, und nicht, wie es andere für sich wünschen.“

So vorläufig war man in Warschau nicht. Entschener an der Proklamation berichtigten von dem Reichs Schmeißer der Polen. Kein Wort der Freude bei Zeichen der Zustimmung. Man sprach von einer leuchtendsten schmalen Zeit, wie vor einem Gewitter. Aber die Tatsache des polnischen Reiches war einmal da und mußte sich auswirken. In Polen war eine Fülle, verbotene Freiheit über die Jünglinge der Mittelmächte, in die sie sich selbst „hineinprojektiert“ hatten, unerkennbar. Dem Polentum in Polen und Westpreußen war damit ein gewaltiger Auftrieb gegeben. Die Verwaltung war ihm gegenüber durch das Ereignis auf das schlimmste benagt. Man mußte die Polen für loyal nennen, was sie nicht waren. Wo man auch Beweise für unzulässige Verhalten hatte, konnte man nicht scharf auftragen. Sie wollten auch als Fremde und nicht als tapfere Mitkämpfer behandelt sein. Deshalb hatte sich bei den Polen gegenüber in eine mühselige Lage gebracht. Schlimmes mußte befürchtet werden. Ebenso nachteilig wirkte sich die Neubegründung des polnischen Staates für Deutschland auf die Dauer bei dem Seindbündnis aus.

So endete der erste Abschnitt der deutschen Ostpolitik. Im Waffen- gange glänzend, in der Diplomatie auf Irrwegen. Die geistliche Zukunft war im Osten verbaut.

Mit dem 3. November 1916 beginnt die zweite Periode in der Entwicklung der polnischen Frage. Die polnische Bewegung in den drei Teilungsgebieten nimmt der Gehörten des neuerlangten Königreiches Polen als einen Teil einer abzutragenden Schuld auf und gründet darauf die Forderungen nach einem Mehr. Weit entfernt davon, dem General- kommando in Warschau schließlich die Weisungsamalt, trotz der Befehle des Landes und trotz der Kriegserfolge.

Am 9. November erließen die beiden Generalgouverneure in Warschau und in Lublin im Namen der beiden Kaiser die Aufforderung, ein polnisches Heer zur Unterstützung der Mittelmächte zu bilden. Ein Sport erfolgte schon am nächsten Tage, dem 10. November, das Zentralkomitee in Warschau, das nach den Aktivitäten angebotene, eine Generalisierung, daß niemand anders als eine polnische Regierung mit dem polnischen Volk schließen und helfen dürfe. Und am geschloß das Unglaubliche, daß Bielefeld, ohne zuvor in Berlin anzufahren, einen Erlaß zur Gründung eines polnischen Staatsrats und Sejm gab. Er trat am 6. Dezember 1916 veröffentlicht. Damit war eine polnische Volksvertretung als das sichtbare Zeichen der politischen Zulassungsberechtigung zunächst für Kongresspolen geschaffen. Sie hat den Mittelmächten nur Hemmnisse bereitet und schließlich tatsächlich die Leitung der Verwaltung in den Händen gehalten. Am 1. Dezember 1917, während die Regionäre in Warschau ein „Wie sie vorzeitig werden sollten, vorlagten sie den Eid der Treue gegenüber dem Zentralkomitee. Mißbillig und Selbstkomplik wurden auf der Sitzung Magdeburg gefangen gefest, die Regionäre an die überreichliche Front abgeduldet.

Mittlerweile war im März 1917 in Rußland die bürgerliche Revolution ausgebrochen. Kerenski leitete die Loslösung Polens von Rußland ein. Im Juli 1917 wird auf russischem Gebiete eine Rada polska gegründet, die fast den Charakter einer Rationalregierung hatte. Sie trat mit dem Regenschäftsrat in Warschau in Verbindung, dem die Mittelmächte unter der harschen Forderung der Polen am 12. September 1917 eingeräumt hatten und dem die russischen Polen nun auch als die maßgebende polnische Behörde anerkannten. Nun mündeten schnell alle polnischen Bewegungen in dieses Wort ein. Bald war alles gegen die einst erhoffte deutsche Lösung der polnischen Frage, die polnischen Patrioten, die Seindbündnisse und schließlich auch das Österreich. Zum Überfließ wurde auch noch im Auswärtigen Ausschuss vom Zentrum, den Christlichen und Sozialdemokraten ein Antrag ein- gebracht, sofort ein polnisches Ministerium zu schaffen. Man sah nun tatsächlich zwischen allen zu möglichsten Möglichkeiten. Dazu war Amerika in den Krieg eingetreten, und 1918 bildeten sich im französischen Heere polnische Abteilungen, die am 4. Oktober unter dem Kommando Hallers vereinigt wurden. Ein Junker erkennt den Gemütszustand seiner Diener am Summen. Ein gut durchgebildeter Offizier wußte nach dem Gehör einer Gruppe auf die Disziplin zu schließen. Hierzu mußte ich

denken, als ich 1918 auf dem Alten Markt in Posen stand und den Gehör des polnischen Freiheitsliebenden: „Gott, der du Polen . . . in der Projektion hörst. Nicht Abnot und nicht Erhebung und nicht ruhige Seelenstimmung sprach aus den Ecken, sondern Aufregung und Bereitschaft, die Welt der Umgebung in Stücke zu zerhacken. Man fragte ihn unwillkürlich: „Was ist hier vorangesungen?“ Diese Stimmung ist Feindschaft in der Stadt Posen viel bemerkt und viel besprochen worden.

Mittlerweile warb man auch öffentlich für den polnischen Zusammenstoß. Die Maßnahmen der Kriegswirtschaft haben dazu allerlei Vorwände und Anlässe. Man konnte diese Sammelarbeit der Polen gut beobachten. Ziel war, was vom Militärdienst nicht erfüllt war oder was aus irgendeiner Ursache vom Felddienst befreit war, zusammenzufassen und für die polnische Idee vorzubereiten, um sie im entstehenden Rußland in der Hand zu haben und einzusetzen. Da in der Stadt Posen politische Versammlungen verboten waren, wurden die polnischen Vereine nach Urbauowo geladen. Dort fand an der Umgebungshäufige ein Gethaus mit Saal. Regelmäßig fanden hier am Sonntag nach der Vormittagsandacht die Versammlungen statt. Eigentlich waren es polnische Kontrollerversammlungen. Je länger das dauerte, je mehr mußte man sich wundern, wie viel und wie von den uniformierten Truppen dort antrat, Postbeamte, Wohnknecht usw. Wie sich später herausstellte, führten die Polen über diese Mitglieder einen Buch und hatten sie nach Brauchort und Charakter für ihre spätere Zwecke eingeteilt. Der Vorbehalt mußte das bekannt sein. Die überwachenden Polizeibeamten erschienen regelmäßig in den Versammlungen und gingen mit ihnen nach Hause. Es ist kaum anzunehmen, daß die Kommissare schon gekauft waren.

(Fortsetzung folgt.)

Ein junger ostdeutscher Lyriker.

Der Name Herbert Böhm ist uns fern Polern vielleicht nicht ganz unbekannt; a. a. brauchen wir von ihm im letzten Heimatkalender das packende Gedicht „Lanegomark“. Zwei Gedichtsammlungen von ihm liegen nun vor: „Gedächtnis“ und „Morgentrot“. (Beide bei Carl Bauer, München, 2,70 bzw. 3 RM. geb.). Es ist mir eine Freude, wieder einmal auf einen wirklichen Kenner hinweisen zu dürfen, der unsern Osten entkam. Er wurde 1907 in Strenkraft (Oder) geboren. Der Ausdruck der Panschaft, in der ich ermahnt, istrecht Böhm in einem Brief an mich, „ich Ausdruck meiner Seele und Sehnsucht geworden.“ Er ist ein „Herz der Einkünfte; das spricht aus seinem Wesen und seinem Werk. Aber er verzweigt doch aus in der harten Verbundenheit mit Gott, Vaterland, Volk. Seit seinen Jahren studiert er in Marburg, kehrt aber immer wieder in die Heimat zurück. Neben seine lyrische Begabung tritt die dramatische, die sich zuweilen auch in seinen Berfen äußert:

„Wach auf, mein Volk, die Saat steht gut,
in jungen Aedern drängt das Blut,
wach auf und pflüg den Acker an
und säh die Samen ins zum Heiligtum.“

„Es gibt nur einen Gott der Welt,
der uns durchdringt, der uns erhebt.
Er war die Hand, wir sind die Saat,
wir wecken Deutschland auf zur Tat!“

Neben seinen Muttergedichten finden wir die Stimmungen der Oberlandtschaft. Das „Lied der Vertriebenen“ paßt uns an:

„Halt' Wacht, Kamerad, daß die Grenze kehrt,
wenn der Sturmwind wäth, der von Osten weht.
Mit hartem Blick und die Waffe vom Gürt,
so schätze den Wald und den Weg und die Furt.
Ob ach, Kamerad!“

Sein ostmärkischer Glaube ist unser aller Glaube:

„Und Volk wird Sieg, wenn sich durch graue Wände
der ewigen Jugend frohe Triebe wehen
und nach des Herbstes müdem Blätterfinken
aus kahlen Reichen wieder Sonne trinke.“

Er ringt mit Gott wie alle Gottsuchenden, Gottfindenden unseres Osttraums seit Jahrhunderten, und harte, reize Strophen der Liebe sind Gestaltung dessen, was er im Innersten empfindet. Wir grüßen den Dichter Herbert Böhm herzlich und wissen, daß sein Werk uns nie enttäuschen wird.

Dr. Franz Büttke.

In den Abend.

Woll'n wir in den Abend steigen,
Die zwei Wolken legen fast
Wie durch die Unbeschriebenen
Sonnenstrahl, am Rand der Nacht!

Woll'n wir schweben still in Weiten,
Wo das Land Bergellen liegt —
Hoch im Licht der Ewigkeiten
Uns ein neuer Morgen wiegt!

Wilhelm Müller-Rüdersdorf.

Oberschlesische Bevölkerungsfragen.

Nach Berechnungen des Statistischen Amtes der Kommunalen Interessengemeinschaft gehören in Weuthen 17 von 100 Einwohnern solchen Familien, die nach der Abkündigung aus Ober-Schlesien nach West-Oberschlesien zugewandert sind. Für Gleimitz lautet diese Ziffer gar 19,3, während sie für Hindenburg etwas geringer ist, nämlich 16,2. Für den Landkreis Weuthen-Karnowit wurde sie mit 12,5 errechnet. Daß die Rückwanderung nach Gleimitz größer ist, als nach den beiden anderen Anfuhrtsstädten, ist wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß dort bessere Wohnverhältnisse bestehen. Seit der Volkszählung vom 16. Juni 1925 liegt die Bevölkerungszahl Weuthens um 14,3, die von Gleimitz um 15, die von Hindenburg um 6,9 und die des Landkreises Weuthen-Karnowit um 14 v. H. Die Städte des ober-schlesischen Industriebezirks liegen also erheblich über dem Reichsdurchschnitt von 4,9 v. H. (Durchschnitt aller deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern). Die Zahlen beziehen sich auf Frühjahr letzten Jahres. Anfang April betrug die Bevölkerungszahl Weuthens 99 542, die von Gleimitz 111 124 und die von Hindenburg 131 368 Seelen. Dieses Wachstum der Bevölkerung über Durchschnitte hat für die Kommunalen des ober-schlesischen Industriebezirks außerordentliche wirtschaftliche Belastungen zur Folge gehabt, nämlich erhöhten Aufwand an ordentlichen und außerordentlichen Schulmitteln, Vermehrung der Arbeitslosigkeit und der Wohnplatzmangelverhältnisse und endlich Verschärfung der Wohnverhältnisse. Diese günstig verlaufenden Verhältnisse ober-schlesischen Anfuhrtsbezirks hat die Kommunale Interessengemeinschaft veranlaßt, neben dem offiziellen Finanzausgleich, der als Norm nur den Reichsdurchschnitt der Bevölkerungszunahme in Berechnung stellt, Sonderwendungen aus Reichs- und Landesmitteln zu verlangen.

Nach der vom Statistischen Amt der Kommunalen Interessengemeinschaft durchgeführten Bevölkerungserhebung belief sich die Einwohnerzahl der Stadt Weuthen (Ober-schlesien) am 30. September d. J. auf 100 064. Damit hat Weuthen erstmalig die 100 000-Grenze überschritten und ist also nach den Einwohnerzahlen in die Reihe der Großstädte aufgerückt. Nach den Erfahrungen früherer Jahre war für die Wintermonate mit einem weiteren Anstiege der Bevölkerungszahl zu rechnen. Das Herauswohnen Weuthens über die 100 000-Grenze gibt Anlaß zu einem Rückblick auf die Entwicklung der Stadt. Mitte des 18. Jahrhunderts zählte Weuthen 1140 Einwohner. Bis zum Jahre 1849 hatte sich die Bevölkerungszahl erst auf 6106 erhöht. 1875 war sie bereits auf 22 458 angewachsen, und 1900 hatte sie sich mit 51 224 neuerdings mehr als verdoppelt. Trotz der unglücklichen Abtretung Schmalenbrunn war sie bis 1925 auf 62 545 angestiegen. Die Eingemeindungen vom 1. Januar 1927 brachten Weuthen einen Zuwachs von 24 338 Personen, so daß die Bevölkerung des neuen Weuthener Stadtgebietes nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1925 sich auf 86 881 belief. Geburtenüberschuß und Zuwanderung veranlaßten ein festes weiteres Wachstum. Die Fortschreibung verzeichnete am 1. Januar 1930: 96 193; am 1. Januar 1931: 97 783; am 1. Januar 1932: 99 354 und am 1. Oktober 1932: 100 064 Einwohner. Das Wachstum der letzten Jahre beruht zu etwa gleichem Grade auf der Geburten- und auf der Wanderungsbewegung. In den vier Jahren 1928—1931 gewann Weuthen 3111 Einwohner durch Geburtenüberschuß und 3293 durch Zuwanderung. Rund 85 v. H. der Weuthener Bevölkerung gehören der katholischen Konfession an, 10,5 v. H. der protestantischen und 4 v. H. der israelitischen. Der Rest verteilt sich auf Anhänger verschiedener Religionsgemeinschaften und Religionslose.

Die Polen in Deutschland.

10 Jahre Polenbund.

Die Polenbundeszeitung gab am 26. März des zehnjährigen Bestehens des „Bund der Polen in Deutschland“ an. Es ist aus diesem Anlaß wieder einmal den gegenwärtig 1½ Millionen Polen in Deutschland die Rede gewesen. „Der Pole aus West- und dem Rheinland, aus dem Oppelner Schiefer und Ostpreußen, der Masur (I) und Weidener, der Posener und Koscubus (II)“, heißt es da, seien „ein einziges Volk“. Mit einigen wenig belagerten Lebensorten wird der organisatorischen Zusammenhängebeziehungen der Polen in Deutschland, das Ausgehens des J. G. Verbundes der nationalen Minderheiten in Deutschland aus dem Europäischen Minderheitenkongreß und der ständigen Mitarbeiter bei dem Woblen geht; und dann wird vermerkt, daß der Polenbund aus in Zukunft nicht von seiner „grundlegenden Zielsetzung“ werde, die Erfüllung der Symphonien in Weuthen und die Gründung der „Slawischen Bank“ in Weitha Symbole eines neuen Aufstieges des politischen Organisationslebens seien und daß, die polnische Frage in Deutschland überall an „Bedeutung zunehme“. Ein armerlich, dürftiger Gedankenartikel, dem man trotz des Anstriches optimistischer Selbstzufriedenheit recht deutlich anmerkt, daß die Koczmareks mit hilfloser Gebärde ihren weggenommenen Sellen nachtrauern.

Der oppositionelle „Głos Polki z Weitha“ hat dem „Polenbund“ zu seinem zehnjährigen Geburtstag seine ironisch gefärbten Glückwünsche ausgesprochen. „An der „Agenda“, heißt es da, „daß die obersten Leiter des Polenbundes sich bemühen werden, am Ende dieses Jahrzehnts gemeinsamermaßen ein Jubiläum unerschütterlicher Arbeit zu begehen, möchten wir vor ihnen den gebührenden „Kocherbraten“ in Form einer belächelnden Erinnerung aus den vergangenen Jahren der „erschöpfenden und völlige Verarmungspannung erfordernden Arbeit“ überreichen. Bekanntlich ist die Frucht dieser Arbeit nicht nur die Vernichtung des Polenbundes, sondern auch der Ruin unserer politischen Lebens.“ Diese Feststellung des Weidener „Głos“ dürfte im wesentlichen zutreffen. Das Ergebnis einer zehnjährigen Tätigkeit ist für den „Polenbund“ und für die „Polnische Volksgemeinschaft“ in Deutschland ein als deren Vertretung der Bund und sich ausbreitend, ziemlich lächerlich. Von dem, was an politischen Erfolgen aufzuweisen ist, Schulen und Volksbanken, ist es noch fraglich, ob es sich auf die Dauer als lebensfähig erweisen wird.

Polnischer Sprachunterricht.

Am 19. März erschien in der „Allenheimer „Gazeta Ostajuka“ die erste Nummer einer den Jugendlichen der polnischen Minderheit gewidmeten Zeitschrift unter dem Titel „Jacy Młodziecy“. An dem Aufsatze, mit dem die erste Nummer dieser Jugendzeitschrift beginnt und der sich im übrigen in den üblichen, allgemeinen Prosaen über die Jugend als die Zukunft des Volkes bemengt, ist für eine Stelle bemerkenswert. Sie lautet: „Bei dem Welsch unserer (d. h. der polnischen) Jugendereine habe ich die traurige Erscheinung festgestellt, daß viele Jugendliche weder polnisch lesen noch schreiben können. Hier muß die Arbeit begonnen werden. Die organisierte polnische Jugend muß ihre Mutterprache in Wort und Schrift beherrschen. Also an, vor jeder Besprechung, vor jeder Zerstreuung eine halbe oder eine ganze Stunde Unterricht im Lesen und Schreiben. Eine solche, längere

Zeit letztendlich durchgeführte Arbeit wird sicherlich schöne Früchte zeitigen. Wer merbet polnische Bücher zu lesen verstehen; ihr merbet mit der Geschichte Polens und mit den Heldentaten seiner Söhne und mit der schönen polnischen Literatur bekannt werden. Die polnische Idee und der polnische Geist wird zu eurem zweiten Ich werden. Euer dem Hebelnuten eurer Weidener nachgebildete Geist und Eifer merdet auch die ältere und um die Zukunft besorgte Volksgemeinschaft mitteilen.“ Zunächst ist also zu stellen, daß die Leute des Allenteiler „Polenbündnisses“ als „polnische Jugend“ bezeichnet, weder polnisch zu lesen und zu schreiben, noch richtig polnisch zu sprechen verstehen. Es sollen hier also offensichtlich auch solche Jugendlichen, für die Polnisch schon längst aufgegeben hat, die Mutterprache zu sein, kulturell und politisch zum Polentum herübergezogen werden. Und die Methode, die bei dieser Polonisierung von Jugendlichen angewandt werden soll, stellt eine eigenmächtige Eingriffe in die Jugend des protestantischen und in der polnischen Schule dar. Mit Hilfe der Jugendvereine soll hier das erreicht werden, was mit den Minderheitsbehörden nicht verwirklicht werden konnte. Es ist sehr die Frage, ob sich das mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbaren läßt.

„Werbung“ für die Polensschulen.

Über ein Beispiel, wie die polnische Minderheit in manchen Orten die deutsche Bevölkerung zu terrorisieren versucht, berichtet die „Weidener-Zeitung“. An Schönwiese im Kreise Stuhm (Westpreußen) wohnt ein deutscher Arbeiter seit 30 Jahren in einem Hause, das der katholischen Kirchengemeinde gehört. Dem J. J. ist mit Rücksicht auf den dortigen, jellig, in dem Hause wohnen die polnische Minderheitsschule schick. Die Eltern weisen sich natürlich, an verabschiedeten Fällen ist es den Legitimatoren gelungen, die Eltern einzuschüchtern, so daß in letzter Zeit acht Kinder aus Schönwiese für die polnische Minderheitsschule in Weumark gekapert worden sind. Ein polnischer Gottesdiener hat am 1. April einigen Familien, deren Angehörige Mitglieder des deutschen Sportvereins waren, gekündigt, unter dem Vorwande, den „Wettlich“ einzufrähen zu müssen. Es wurde aber festgestellt, daß er bereits polnische Arbeiter neu eingestellt hat.

Polnische „Führer“.

Im „Prawda“ wurde der Gemeindevorsteher Kurkowskij, der der polnischen Minderheit angehört, seines Amtes entsetzt, und ein deutscher Weidener eingesetzt. Im „Wegatal“ wählten Zentrum und Polen gemeinsam ein Mitglied des Zentrums zum Gemeindevorsteher. Hiergegen wandte sich die KSPV, und es wurde ein Anhänger der nationalen Front kommissarisch eingesetzt. In „Wischdorf“ (früher Zakroczym) wurde der polnische Gemeindevorsteher, ein Jozef seines Amtes entbunden und verhaftet. Ein Weidener wurde an seiner Stelle zum kommunalen Gemeindevorsteher eingesetzt. In „Wischdorf“ wurde der polnische Gemeindevorsteher, ein Jozef seines Amtes entbunden und verhaftet. In „Wischdorf“ wurde am 30. März der von der SP. eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Gefunden wurden verbotene polnische Zeitungen.

Bücher zur Offfrage.

„Die gesamte Offhilfegelebung. Entwicklung und Inhalt der Offhilfegelebung nebst vollständiger Zusammenstellung der Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und wichtigsten amtlichen Erlasse von Dr. Hans Heinrich und Dr. Werner Otto. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1933. 8,40 RM. 322 Seiten. — Dieses Buch ist für jeden, der mit der Offhilfe irgendeine zu tun hat, *lebenswichtig* und *unentbehrlich*. Die Offhilfegelebung, die ja fortlaufend den sich ständig ändernden wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden mußte, ist im Laufe der Jahre zu einem für jeden Vorgesetzten unumdringlichen Schritt geworden. Die Verordnungen und Richtlinien und 60 amtlichen Erlasse geworden, die sämtlich in dem vorliegenden Buche zusammengestellt worden sind. Ein Sachregister und Verweisungen im Gelebestext auf dasjenige Bestimmungen an anderen Stellen erleichtern ein Zurechtfinden. Die im ersten Teil des Buches gegebene Darstellung der Entwicklung und des Inhalts der Offhilfegelebung gibt ein anschauliches Bild des gesamten Stoffes und erleichtert das Verständnis der einzelnen Gesetze ufm. Der Textteil beginnt mit dem Gesetz über die Offpfehlenhilfe vom 18. Mai 1929 und schließt mit der 5. Offhilfebeschäftigungsverordnung vom 20. Februar 1933.

„Wer kann lieblich?“ (Berufskreis und Bauernsiedlung.) Mit einer Einführung von Geheimrat Prof. Dr. Serring herausgegeben von Dr. Johannes Schauf. Deutscher Siedlungsverlag, Berlin W 9, Leipziger Platz 17. 48 Seiten. Preis 0,90 RM. — Die Frage, die das von bekannten Fachmännern geschriebene Buch behandelt, beschäftigt zahllose Menschen, die von der Siedlung Rettung aus der Arbeitslosigkeit erhoffen. Bösartige Geschwätzer haben heute diese ungenügenden Hoffnungen aus. Gutwillige Missionisten verkünden wirklichkeitsfremde Ideen. Richterliche, laudable Ansehnlichkeit, wie in vorliegender Schrift, finden an dem Siedlungsmerk Interferierte und Notleidende leider nur selten. Neben einer gründlichen Einführung in die heutige Problematik der Siedlung und der Siedlungsprozedur behandelt es ein besonderer Abschnitt jeden einzelnen Berufsstand, wie z. B. die Landarbeiterschaft, das Bauerntum, die Akademiker, die Industriearbeiterklasse. Ein weiterer Abschnitt ist den Migranten der jungen Generation gewidmet, da die Probleme für alle jungen Menschen, selbst wenn sie sich bereits in verschiedene Berufsgruppen eingegliedert haben, verhältnismäßig ähnlich gelagert sind. Man kann die Schrift lesen, den das Problem „Der Mensch in der Siedlung“ theoretisch oder praktisch interessiert, dringend empfehlen.

Das Soffprogramm des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung. Kommentar von Riemer und Dr. Gränwald. Band 12 der „Deutschen Wirtschaftsgesetze“. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61. 164 Seiten. Preis 1,50 RM. — Der vorliegende

Band enthält alle Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungsabstimmungen aus der Zeit der Regierung Schleicher, und zwar die Verordnung vom 15. Dezember v. J., die Durchführungsbestimmungen vom 6. Januar und die Verordnung vom 26. Januar v. J. Alle Bestimmungen sind eingehend kommentiert; Antragsverfahren und Geschäftsgang der Arbeitsbeschaffung sind ausführlich erläutert. In einem umfassenden Anhang sind u. a. die geltenden Vorschriften über Notstandsarbeiten, die Richtlinien über die Gewährung von Darlehen der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Verordnungen und Ausführungsbestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst vom Juli bis November v. J. beigelegt. Ein Sachregister erleichtert den Überblick.

„Verhandlungen und wissenschaftliche Abhandlungen des 24. Deutschen Geographentages. Herausgegeben von Dr. Albrecht Haushofer. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. — Der Danziger Geographentag von 1931 beschäftigte sich — abgesehen von Berichten über verschiedene Forschungsreisen und von Erörterungen über die Methoden des geographischen Unterrichts — besonders mit den Fragen der Ostsee und ihrer deutschen Küstenländer. Er war seinerzeit für die Polen der Anlaß, eine wissenschaftliche Gegendemonstration in Gdingen zu veranstalten. In dem vorliegenden Band nehmen die auf dem Geographentag gehaltenen Vorträge über die Ostsee einen breiten Raum (100 Seiten) ein: „Die Ostsee als Meeressarum“ (Prof. Schulz-Hamburg), „Die Ostsee in Vergangenheit und Gegenwart“ (Prof. Redek-Danzig), „Ostpremmern“ (Dr. Hartmann-Gröfsmühl), „Die Ordenskolonisation in den süßlichen Küstenländern der Ostsee“ (Prof. Bogel-Berlin), „Danzig und sein Hinterland“ (Prof. Creutzburg-Danzig) und „Danzigs Hafen und seine Entwicklung“ (Staublart-Quade-Danzig). Das sind die Themen, die hier von deutscher Seite behandelt werden. Die Vorträge enthalten viel Wissenswertes über Art und Geschichte und ihrer deutschen Küstengebiet.

„Eine Fülle von Verwendungsöglichkeiten bieten der Hausfrau Maggis Fleischbrüdwürfel. Das stundenlange Auskochen des Fleisches der Brühe wegen ist nicht mehr nötig, denn Maggis Fleischbrüdwürfel geben nur durch Auflösen in kochendem Wasser augenblicklich beste Fleischbrühe. Diese kann man als Trinkbouillon ohne oder mit Ei verwenden sowie zur Herstellung von Fleischbrühsuppen mit „Noodle wie Reis, Grieß, Nudeln, dazugeben zum Kochen von Gemüsen und Hülsenfrüchten. Auch zur Bereitung von Suppen aller Art, um Verlängerungen vorhandener Suppe oder Fleischbrühe sind sie sehr zu empfehlen. Es ist also gut, stets einen gewissen Vorrat dieser kleinen hilfsvollen Küchengeräte im Hause zu haben.“

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Reiche Abwechslung in der täglichen Suppe bieten **MAGGI'S Suppen**



Es gibt mehr
als 30 Sorten

Western nachmittags entschlief sanft nach längerem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber, herzenguter Mann, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Reg.-Inspektor

Wilhelm Lehmann

kurz nach Vollendung seines 62. Lebensjahres.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Victoria Lehmann, geb. Strauch,
Otto Lehmann, Lehrer in Brandenburg (Havel), Kochowstr. 17.

Magdeburg, den 31. März 1933.
Welterstraße 21.

Manufakturwaren- geschäft

alt eingeführt, Stadt,
20 000 Einm., Lauffig,
beste Lage Markt, auch
geeignet für Fleischerei
pp., mit Haus an herrlichen
Käufer sofort zu verpachten
oder zu verkaufen. Cil-
offerten unter 2866 an
das Diktand erbeten.

Pr. Klass.-Lotterie Lose 1. Kl.

Lüttich Staats-Lotterie-
Einnahme
Stettin, Augustastr. 8
(früher Hohensalza.)

Ihr

Preußisches Staatslos

kaufen Sie doch wohl bei Ihrem Landsmann

Dr. iur. Alfred Dütschke

Staatlicher Lotterie-Einnahmer

Berlin W 30, Eisbergstraße 8-9

Postfachkonto: Berlin 35222

Ziehung 1. Klasse: 21. und 22. April 1933

$\frac{1}{4}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ Los
Vospreis: 5,- 10,- 20,- 40,- RM.

Ich war kahl

Durch das von mir entdeckte Indoliner-Elixier gelangte ich wie Tausende andere wieder zu vollem, prächtigem Haarwuchs. Es ist ein reines Naturprodukt von verblüffender Wirkung, unumkehrbar Haarwuchs wird selbst in Pallen erzielt, wo Schuppen, Haarhauf und Kahlköpfe schon seit Jahren bestanden. Viele Tausende von Dank- und Anerkennungsstreifen.

Eine Probebottle für Sie!

Ein jeder erhält gegen Einweisung von 50 Pf. in Briefmarken eine Probebottle nebst ausführlichen Schriften. Erwünscht Angabe, ob für Mann, Frau oder Kind verlangt. J. H. B. I. T. A. R. N., Potsdamer Str. 13/Gl. 1070



Ostmärker Professionsfrei
Glänzende Existenzen!
Anzahlung M.

Vand- u. Gelfmirtschaf, auch als Erholungsheim und Professions geeignet, im Dreisgau (Baden)	8 000
Villenabstimmung am Müritzer in Mecklenburg	15 000
Villa in der Nähe der Stadt Straßburg (Elsaß)	30 000
Fabrikgrdft. i. Altenburg (Thür.) n. Vereinb.	
Vandhaus, idyll. geleg., bei Bad Schmiedeberg	5 000
Wohn- u. Geschäftsgrundstück i. Thüringer Wald, für jede Art Fabrikation, aber auch als Kinderheim geeignet	18 000
Geschäftsgrdft. mit Kohlenhandl. in bek. Badort Meckl.; 10—18 000	
Kurbotel, riesiger Komplex, i. bekannt, Fremdenort a. d. Weimergaue i. d. Schweiz	30 000
Fabrikgrdft. m. Wohnhaus, für jede Art Industrie geeignet, in Dresden	160 000
Pensionsvilla in bek. Schwarzwalder Badort	20 000
Kartonnagenfabrik in lebhaft. Industriefeld Schlesien	n. Vereinb.
Villa in Magdala bei Vagnau (Schweiz)	50—60 000
Sägewerk m. Wohnhaus, landw. Gebäuhen u. herrsch. Wohnhaus in Thüringen	n. Vereinb.
Vandhaus-Villa i. oberbayr. Stil in bekannt. Sommer- u. Wintertekort d. Bayer. Alpen	50 000
Hotel- u. Restaurationgrdft. in bedeut. Ind.-Stadt im Elsaß	125 000
Villengrößt. Wohngrdft. i. Schw. in im altdeutschen Burgstift in Wiblingen (Schwamz)	50 000
Bäckereigrdft. in kl. Ortshaf Nähe Eberswalde	22 000
Fabrikgrdft. m. Wohnhaus u. Bauparzelle i. leb. Industriefeld Württembergs	n. Vereinb.
Villengrößt. (2-Familien-Villa) in Oberlohnitz b. Dresden	25—30 000
Vandmirtschafli. Grdft. (128 Mg.) m. Fischerei. See i. d. Uckerm.	30 000
Geschäftsgrdft. mit Pensionen. Hlga i. Meckl. Amt Wismar	4—5 000
Fabrikgrdft. m. Wohnh. i. Baden	26 000
Hotel- u. Restaurationgrdft. in Düsseldorf	40 000
Vandh. i. bedeut. Sommerfrische d. Südb. Schweiz	25 000
Garten- u. Waldgrdft. m. Blockhaus i. bedeut. Sommerfrische d. Südb. Schweiz	7 000
Schloßgrdft. Herrenst. in früh. Thür. Residenz	45 000
Fabrikgrdft. groß. Komplex, in ehem. Thür. Residenzstadt	60 000
Hausgrdft. als Ferienheim oder dergl. geeignet, i. d. deutschen Schweiz, Kt. Appenzell	25 000
Grdft., j. Vandmirtschafli gezeig., mit 35 Morgen Waidland, in Queßlinburg (Sax.)	10 000
Vandhaus-Villa im Fingeringrad b. Dresden, evtl. m. 2 Baust.	15 000
Vandhausbesitzg. i. bedeut. Berl. Bade- u. Ausflugsort	n. Vereinb.

Vill-Projekte kostenlos.

KOCH & Co., Berlin W 35
Dürnbergstraße 1. Tel.: 82 Lützow 5933.

Aufbaukredit
für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschäftshilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin W 30, Mohlfstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Osterwurst

Jowie sämtliche Fleisch- und Würstereien für das Osterfest empfiehlt seinen lieben Landsleuten in allbekannter Güte.

Richard Stein, Berlin S 59
Hasenheide 70. Tel.: F 6, Bärwald 7064
früher Posen, Friedrichstr. 26.

Befellungen nach aufwärts werden prompt ausgeführt.

Der Ostdeutsche Heimatkaler darf in keiner Ostmärkerfamilie fehlen!

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ führt auf über 8000 und Verbreitung des geliebten Ostdeutslands, er enthält besonders den am schärfsten umlängsten Teil der deutschen Ostgrenze, die mit von Polen geräumte Gebiete und die immer noch bestehende und verlorene Ostmark. Er enthält historisch-kommerzielle Zusammenfassungen — in den wichtigsten Kreisen der Ostmark — ein reiches kulturhistorisches Material über Leben, das sich mit Ostfragen befaßt. In den Zeitungen bekannter Schriftsteller gibt er einen Überblick über den literarischen Schaffen der Ostmark. Mit wertvollen Stoffen im Anhang und die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausgaben! — Als Druckgabe jeden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkaler 1933“

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.

Zugänglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postcheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

(Name und Postkation genau ausfüllen.)

Übersetzungen

polnisch, russisch, tschechisch. Schriftliche Arbeiten billig.

Fritz Bitkover,
Berlin W 35, Radeburger Str. 30. 1. Tel.: B 2, Lützow 3469.

Empfehle beste

Osterwurst
und
Osterbraten.

Fleischermeißter Walter
Milbradt, Berlin D 34,
Fogbagenstr. 25.

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 1. Kl. am 21. und 22. April

Ziehen:
Zu haben bei **Staat. Lotterie-Einnehmer**
Berlin W 35,
Potsdamer Str. 116 a,
Ecke Lützowstraße.
Tel. Lützow 368.

Siwinna,
früher in Kattowitz, O-S.



Ostbund = Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 15 der Wochenschrift „Ostland“ des Deutschen Ostbundes/1933.

Bundesnachrichten.

Achtung, Rundfunkhörer!

Für Freitag, den 14. April (Karfreitag), ist für den Norddeutschen Rundfunk, Hamburg, eine Autorenstunde aus eigenen Werken von Dr. Franz Lüdtke in Aussicht genommen; am 17. April (Ostermontag), wird er vermutlich im Rahmen auf der Deutschen Welle das Thema „Aufführung in das dritte Jahrtausend“ behandeln.

Wir bitten, da jetzt durch plötzliche Einladungen von amtlichen Veranstaltungen das Programm der Rundfunkabend im letzten Augenblick umgestaltet werden muß, jemals zu prüfen, ob die von uns angegebene Termine von den Sendeleitungen eingehalten werden. Der für Freitag, den 7. April, von uns angekündigte Vortrag Dr. Lüdtkes über „Nationalsozialismus und Ostmark“ wurde auf Dienstag, den 4. April, vorgezogen und mußte dann auch noch ausgelassen werden; er wird in Kürze stattfinden, worüber wir noch Nachricht geben werden.

Zusammenkünfte der Ostverbände.

Über die erfreulichen Einzelbesprechungen, die sich im Rahmen der nationalen Erhebung innerhalb der verschiedenen Ostverbände geltend gemacht haben, ist in der Tagespresse mehrfach berichtet worden. Daran haben sich Erörterungen geknüpft, die zum Teil mißverständlich sind. Wir können feststellen, daß eine Aussprache der in den Ostfragen interessierten Verbände stattgefunden hat und darin einen grundsätzlichen Übereinstimmung des Deutschen Ostbundes und des Deutschen Ostmarkvereins bezüglich eines engeren Zusammenwirkens herbeigeführt werden ist, und daß sich eine Anzahl anderer Verbände dieser Arbeitsgemeinschaft sofort anschließen hat. Damit haben die schon früher zwischen den beiden genannten Verbänden gepflegten Beziehungen nunmehr einen gewissen erfreulichen Aufschwung gefunden, der zweifellos in unseren Mitgliederkreisen begrüßt werden wird. Die Regelung der mit der Zusammenarbeit verbundenen Einzelheiten bleibt weiteren Verhandlungen vorbehalten. Die nationalsozialistische „Deutsche Ostfront“ hat ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit ausgedrückt; diese wurde jedoch ausdrücklich von der Zustimmung der Ostb.-F. zu Aufbau und künftiger Führung der geplanten Arbeitsgemeinschaft abhängig gemacht.

6. Reichsschuldbuchforderungen.

Nach der großen Kurssteigerung der Schuldbuchforderungen Mitte März letzte bald darauf wiederum ein Rückgang der Kurse ein, der sich zuerst in engen Grenzen hielt und hauptsächlich auf Gewinnmitnahme der Börsenspekulation zurückzuführen war. Ende März wurde jedoch die Kursabschwächung größer; Besetzung hierzu gaben die Maßnahmen, die zur Abwehr der internationalen Gerüchtpropaganda gegen Deutschland getroffen worden waren. Der geordnete Verlauf der Abmilderung und das Abschließen der Auslandsbezüge hat sich inzwischen gänzlich auf die Entwicklung der Kurse ausgewirkt, so daß in den letzten Tagen eine kräftige Erholung der Kurse festzustellen war. Es scheint jedoch, daß für die nächste Zeit mit einer größeren Steigerung der Schuldbuchkurse kaum zu rechnen ist, da die in Frage kommenden Käuferstichten die Entwicklung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abzuwarten scheinen, ehe sie sich zu neuen Käufen entschließen.

Am 5. d. M. wurden folgende unendliche Verkaufskurse genannt:

1934	99	98	1939	85 1/2	84
1935	96 1/2	94 1/2	1940	83 1/2	82 1/2
1936	92 1/2	91	1941	83	82
1937	89 1/2	88	1942	82 1/2	81
1938	89	87	1943-48	81 1/2	80 1/2

Wiederaufbauaufschläge: 1944-45: 45%; 1946-48: 44%.

Aus der Bundesarbeit.

Verammlungskalender.

Ostgruppe Berlin-Süd: Monatsversammlung am Montag, 10. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Berliner Kindl-Brauerei, Reu-kenil, Hermannstr. 214 bis 219. Vortrag über die wirtschaftliche Lage.

Ostgruppe Berlin-Reinickendorf: Monatsversammlung am Donnerstag, 13. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Sadau, Reinickendorf-Ort, Friedenstr. 124.

Verein der Deutschen aus Rakel (Röhe) und Umgegend: Am 2. Osterfesttag in Charlottenburg, Vögenrestaurant, Berliner Straße 61. Um Anschlag auf Versammlung Frühjahrsfest 5 Uhr nachmittags. Gäste willkommen.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Berlin-Süd. Die Märzversammlung wurde in Abwesenheit des 1. Vorsitzenden, der dienstlich verhindert war, von dem 2. Vorsitzenden, Herrn Lüdtke, eröffnet. Dieser sprach vor Eintritt in die Tagesordnung über die neuesten politischen Ereignisse und gab dem Wunsch Ausdruck, daß nun endlich der Mann gekommen sein möge, der ein neues und besseres Deutschland schaffe. Die Versammlung brachte darauf ein dreifaches Sitz-Feil auf den Reichspräsidenten sowie den Reichskanzler aus. Herr Lüdtke empfahl den Mitgliedern die Bänder des Deutschen Ostbundes. Der Jungbauernführer Günther Sielich berichtete über den Verlauf der Erntefestfeier am Volkstheater und richtete an die Mitglieder die Bitte, in Zukunft mehr Interesse für die Jungbauernveranstaltungen zu zeigen. Gleichzeitig bat er die Versammlungsteilnehmer um Nachweisung eines leeren Raumes für die Jungbauernfestsammlungen. Am folgte der Sühntreiben „Die deutsche Frömmigkeit“ und eine „Wandlung durch die Insel Rügen“. Herr Backhaus gab zu den einzelnen Bildern Erklärungen ab, und die Versammlung verfolgte mit Interesse die beiden Filme.

Die Ortsgruppe Erkner hielt ihre Monatsversammlung im Gölhof zur Kranzabgabe. Herr 1. Vorsitzender, Herr S o r t m a n n, betonte den Ehemitteltage. Herr M e g e r für ein Danke seinen besten Dank ab. Deswegen dankte er auch den Mitgliedern für die Sammlung zur Einwahlpfende. Dann wurde zu dem Impuls von der NSDAP. eingegangenen Schreiben, in welchem die Ortsgruppe aufgefordert wird, sich an den bei dem Sakelzug entstandenen Unkosten zu beteiligen, von der Versammlung Stellung genommen. Dem Vorschlag des Schützenvereins Erkner, dem Landwehr-Kriegerverein Erkner anlässlich seines 60. Stiftungsfestes eine Geldspende zur Stärkung eines bereits bestehenden Fahnenstocks zu überreichen, wurde zugestimmt und gleichzeitig beschlossen, an diesem mit einer 50 Perzent teilzunehmen. Für die Mitwirkung der Ortsgruppe der Jungbauern wurde am Donnerstagabend im Wap abgehaltenen Gedenkfeier sämtlicher Berliner Ostbund-Jungbauern sowie für die Kranzabgabe am Kriegerdenkmal in Woltersdorf dankte der Vorsitzende allen Beteiligten herzlich. Mit Bedauern nahm dann die Ortsgruppe davon Kenntnis, daß ihr beliebter Rollenführer, Herr P o e h l k e, seiner Verletzung wegen sein Amt zum 1. April niederlegen muß. In warmen Worten wurde seine gewissenhafte Rollenführung und langjährige Treue anerkannt. Zu seinem Nachfolger wurde Herr K l a u n d e r einstimmig gewählt. Als neues Mitglied wurde der Vandsmann Herr S t h m i g l i n g aufgenommen. Mit Hoffungsvoller Zuversicht konnte der Vorsitzende in seinem Schlußwort, daß auch für die dringende Lösung der Ostfragen eine neue Zeit angebrochen sei. Mit einem Hoch auf den Schirmherrn des Deutschen Ostbundes, den Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg, und auf die Regierung der nationalen Revolution und mit dem Abingen der ersten Strope des Deutschlandliedes wurde die Versammlung geschlossen.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Cottbus. In der im Kasino abgehaltenen Monatsversammlung gedachte der Geschäftsführer P e l k a noch einleitenden Begrüßungsworten des von Cottbus lebenden 1. Vorsitzenden, Herrn Schulrats S t ü b e r. Er gedachte weiter des zum 12. Mai wiederkehrenden Abstimmungstages in Oberschlesien, dankte den deutschen Volksgenossen in dem von uns getrennten Oberschlesien für ihr Festhalten an Deutschland auch unter fremder Herrschaft und schloß mit dem Wunsch, daß die neue Regierung sich mit allen Kräften für die Realisation der abmahnblichen Grenzlinie in Oberschlesien und in übrigen deutschen Osten einsetzen möge. Anschließend wurde ein Film der heutigen Ostfront vorgeführt, der in anschaulicher Weise einen Einblick in den Zerbruch der Magdeburg-Grünaustraße gewährt. Es konnten wiederum vier K e u s a u f n a h m e n erfolgen. Der Geschäftsführer dankte vor, durch das Bundespräsidium die neue Regierung zu erlauben, das fragwürdige Verhalten einzelner deutscher Personen zur Zeit des politischen Umsturzes nachzuprüfen. Gefordert wurde eine Unterstützung des Verfalls des ehem. Staatssekretärs von S e r l a d u und der damaligen Offiziere A n d e r s o n und W e r n e r, die bei der Preisgabe von Autonomie eine dem deutschen Empfinden und der Ehre eines deutschen Offiziers widerstrebende Haltung gezeigt haben. Anschließend wurden einige aktuelle Nachrichten aus Polen besprochen.

Die Ortsgruppe Frankfurt (Oder) (Berlin) heimattreu deutscher Dolmer) am 23. März ihre Jahreshauptversammlung ab. Nach Begrüßung der Mitglieder der Ortsgruppe, der Gedächtnisrede von S e r l a d u unserer vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder, die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erlesen von den Plänen. Dann erstattete der Schriftführer W i r t z den Jahresbericht, in dem er schilderte, daß die Not auch in unserm Vereinsleben nicht ohne nachteilige Folgen vorbegegangen sei, daß aber alles getan worden sei, um auch über diese schwere Zeit hinwegzukommen. Um Anschlag hieran forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, weiter standhaft und jetzt, wo wir eine entschlossene Regierung hinter uns haben, erst recht für den Wiederaufbau unseres Vater-

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Veröffentlichs.

Studentat Werner,

der seit langem vergebens gegen verschiedene Persönlichkeiten und gegen den Deutschen Ostbund protestiert, um sich von dem gegen ihn vorliegenden Verdict, die deutsche Stadt Reutomsfel an die Polen verraten zu haben, zu reinigen, wurde im Zusammenhang mit der Säuberungsaktion im Berliner Schulmessen beurlaubt.

Max Worgitzki.

Der Leiter des Ostdeutschen Heimatbundes in Allenstein, Max Worgitzki, hat seine Auster niedergelegt, um im Heimatbunde den Weg für die allgemeine Gleichschaltung frei zu machen. Worgitzki hat gleichzeitig auch den Vorsitz im Kulturreisemajoren- und Ermland niedergelegt. In der Volksabstimmungszeit leitete W. die deutsche Propaganda und organisierte die deutsche Einheitsfront. Nach dem großen Erfolg vom 11. Juli 1920 begann er die Arbeit der großpolnischen Propaganda planmäßig auszubauen. Es entstanden die Zeitschrift „Unsere Heimat“ und „Der Ostdeutsche Volkskalendar“, 1921 wurde die Jugend in vielen Hunderten von Sportvereinen und Jugendgruppen zusammenschlossen und zur Mitarbeit herangezogen. 1922 gründete Worgitzki mit dem „Landestheater Südpommern“, 1924 den „Kulturreisemajoren-Ermland“, der 1924 bis 1925 den „Kreudank“ in Allenstein erbaute und 1927 das „Maurische Volkshochschulheim Jobkenen“ schuf. Auch das Heimatmuseum im Allensteiner Schloß verdankt ihm und der von ihm geleiteten „Vereinigung für Heimatkunde“ sein Entstehen. Die Albertus-Universität in Königsberg verließ ihm 1925 die Ehrenbürgerrechte. Worgitzki ist, wie die „Allenstein-er Zeitung“ berichtet, seit Januar d. J. schwer erkrankt, er liegt noch in Königsberg i. Pr.

Regierungsinspektor Wilhelm Lehmann f.

Der Landesverband Bezirk Magdeburg hat einen schweren Verlust dadurch erlitten, daß sein langjähriger Schriftführer, Herr Regierungsinspektor Wilhelm Lehmann, am 20. März gestorben ist. Er war ein vor kurzem einen Schlaganfall, von dem er sich nicht wieder erholte, dem er vielmehr im Alter von 62 Jahren erlag. Er war in Hermsdorf, Krs. Kolmar, geboren, hat seiner Militärdienstpflicht beim Feldart.-Regt. Nr. 20 in Posen genügt und war nach zwölfjähriger Dienstzeit ausgedient, als Militärrückwärtler bei der Regierung in Posen eingetreten. Während des Weltkrieges war er längere Zeit Führer einer Vorpostenkolonne in Rußland. Als er infolge Erkrankung an Typhus vorübergehend dienstfähig gemorden war, reklamierte ihn seine Behörde, worauf er in die Heimat entlassen wurde. Nach dem politischen Umsturz zur Regierung in Magdeburg verließ, schloß er sich alsbald der besten Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes an. Bei der Begründung des Landesverbandes für den Bezirk Magdeburg wurde er als Schriftführer in den geschäftsführenden Vorstand gewählt und hat seitdem im besten Einvernehmen mit allen Vorstandsmitgliedern des Landesverbandes sein Amt mit Hingabe verwaltet. An Anerkennung seiner Verdienste ist ihm im vorigen Jahre die silberne Ehrennadel des Deutschen Ostbundes verliehen worden. Wir beklagen den allzu frühen Tod dieses Mannes, dem die Arbeit für die Zurückgewinnung seiner alten Heimat besonders nahe war, und werden ihm allseitig ein ehrendes Andenken bewahren.

Professor Otto Cubarsh f.

Der pathologische Anatom Professor Otto Cubarsh in Berlin-Wilmersdorf, Radesheimer Str. 16, ist am 3. April im Alter von 73 Jahren gestorben. Bei der Gründung des Hygienischen Instituts in Potsdam wurde er herbeigeholt, und es wurde ihm die pathologisch-anatomische Abteilung übertragen, nachdem er vorher Assistenz in solchen Instituten in Zürich, Breslau und Gießen sowie am Zoologischen Institut in Neapel und darauf Extraordinarius in Vothok gewesen war. An Polen infizierte er sich mit Tuberkulosebakterien, mußte infolge dessen längere Zeit in Heilstätten verbringen, zog sich dann nach Göttinger-Viertheil zurück und machte Sektionen in dem von Professor Schweninger geleiteten dortigen Krankenhaus. Später leitete er das pathologisch-bakteriologische Institut in Potsdam, bis bei der Gründung der Akademie für praktische Medizin in Dülisdorf als ordentlicher Professor an die Spitze der dortigen pathologischen Pathologie an die Universität Kiel und nach dem Tode von Professor Orth auf den früheren Lehrstuhl Virchows an der Berliner Universität berufen wurde, den er bis zur Erreichung der Altersgrenze innehatte. Die „Vossische Zeitung“ schreibt in einem Nachruf über ihn: „Er war ein Arbeiter von unerhörtem Fleiß, ein glänzender Vortrager, ein hervorragender Organisator und Verwalter, ein freitragender Kämpfer. Aus seinen Vortragsmerkmungen, die er möglicherweise „Ein demagogisches Geschichtchen“ überlieferten hat, geht hervor, wie vielfältig er in Streit verwickelt gewesen war. Als Sohn eines jüdischen Kaufmanns 1869 in Berlin geboren, war er aus innerer Überzeugung Protestant geworden; als Gatte einer Altkatholin hatte er gehofft, ihre eines unterirdischen Geschickes zu werden. Der Heldentod seines Sohnes, eines Kavallerie- und späteren Fliegeroffiziers, hatte seine Hoffnung vernichtet. Nach dem Kriege hat Cubarsh die Vereinigung deutschnationaler Hochschullehrer gegründet und lange geleitet.“

Maler Georg Schuster-Woldan f.

In München ist am 3. April der Kunstmalere Professor Georg Schuster-Woldan im Alter von 69 Jahren gestorben. Er war Schöpfer und hat seine Geburtsheimat in vielen seiner Bilder dargestellt. Er ist berühmt geworden besonders durch seine prächtigen Bilder aus der deutschen Märchen- und Sagenwelt sowie durch Kinder- und Frauenporträts.

Karl Rauser-Eichberg 60 Jahre alt.

Der Maler Karl Rauser-Eichberg, der dem Vorstand des Vereines Berliner Künstler angehört, wurde am 4. April 60 Jahre alt. Er ist geborener Schöpfer und gehört als berühmter Landschaftler zu den liebevollsten Schillerern Schellens und der Mark Brandenburg. Sehr beliebt werden auch seine monumentalen Wandbilder in der märkischen Halle des neuen Rathauses in Berlin-Schöneberg.

Personalveränderungen in der inneren Verwaltung.

Schulrat Süßer in Cottbus (der Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes, der sich um diese außerordentlich verdient gemacht hat) ist zum 1. April nach Oranienburg bei Berlin versetzt worden. In seine Stelle ging nach Cottbus Schulrat Dr. Koch, dessen bisherige Stelle in Ehrenamte aufgehoben worden ist.

Als Schulrat der Kreis-Mehrheit und Scherrin (Warth) ist Dr. Semadeni aus Scherrin mit sofortiger Wirkung ernannt. Dr. Semadeni wird sein Amt von Mehrheit aus verwaltend. — Schulrat Quack-Mehrheit wurde als Schulrat nach Deutsch-Krone versetzt.

Landrat Rieck in Rappin ist zum Vizepräsidenten der Regierung in Minden ernannt worden. Er ist ein Sohn des jetzt in Potsdam lebenden Vandalgerichtspräsidenten a. D. Rieck, der lange Zeit in Bromberg tätig und dort allseitig geschätzt war. Geboren ist er am 27. Dezember 1880 in Frankfurt a. O., wo sein Vater damals als Landrichter wirkte. Als Regierungsreferendar war er in Posen tätig.

Bei Anbruch des Weltkrieges trat er als Kriegsfreiwilliger bei den Sanazern ein. Nach dem er infolge eines schweren Sturzes vom Pferde während des Krieges hatte entlassen werden müssen, war er erst bei der Verwaltung Ober-Ost, dann in der Zentralverwaltung des Generalgouvernements in Warschau tätig. Nach während des Krieges (1917) wurde er mit der Verwaltung des Kreises Westfalen mit dem Sitz in Reppen betraut. Dort hat er sich glänzend bewährt und sich allseitige Beliebtheit erworben. Von dort östwärts nach Weite erfüllt, mit größter Pflichttreue seines Amtes haltend, hat er jedermann zugänglich, hat er sich während des Krieges und vor allem in der schwersten Kriegszeit um den von ihm verwalteten Kreis große Verdienste erworben, so daß man ihn dort sehr ungern scheiden sieht. Die Tätigkeit des Deutschen Ostbundes hat er stets mit besonderem Interesse verfolgt und nach Möglichkeit gefördert.

Regierungsdirektor Graf, Leiter der Abteilung für Kirchen und Schulen bei der Regierung in Frankfurt a. d. O., ist auf Wartgeld gesetzt worden.

Regierungsdirektor Prohsal, der die Kirchen- und Schulabteilung bei der Regierung in Schneidemühl leitete, und Oberführer Schaper zum Schneidemühl Provinzialhochschulrat sind in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte wurde Studentat Seifermann aus Stettin beauftragt.

Der in dem Ruhestand versetzte Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Dr. Adolf Maier, war ein Kind der Provinz Polen; er war 1871 in Ermsleben geboren. Oberpräsident von Brandenburg war er seit April 1919.

Oberregierungsrat Potthoff, der zum Oberregierungs-Vizepräsidenten in Stettin ernannt worden ist, vom 1923–1928 in der Präsidialabteilung der Regierung in Frankfurt a. d. O. tätig.

Der zum Regierungspräsidenten in Allenstein ernannte Oberregierungsrat Schmidt war zuletzt bei der Regierung in Schneidemühl tätig, wo er zunächst der Schulabteilung angehörte, und hat dann in der Allgemeinen Verwaltung die kulturellen Angelegenheiten bearbeitet.

Regierungsrat Vogt beim Polizeipräsidenten in Kreisfeld-Itzingen ist an die Regierung in Schneidemühl versetzt worden.

Der Leiter der Kirchen- und Schulabteilung bei der Regierung in Frankfurt a. d. O., Regierungsdirektor Graf, der der SPD angehörte, ist einseitig beurlaubt worden.

Der Gauinspektor der NSDAP, Martin Albrecht, ist zum Kommissar f. b. B. bei der Regierung in Frankfurt (Oder) ernannt worden.

Professor Emil Weermann von der Technischen Hochschule Danzig wurde auf den Lehrstuhl für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Halle als Nachfolger von Professor Karl Steinbrück berufen.

Professor Dr.-Ing. Karl Gruber in Danzig hat den Ruf auf den Lehrstuhl des Städtebaues an der Technischen Hochschule in Darmstadt (als Nachfolger von Professor K. Roth) angenommen.

Postdirektor Ensig in Küstlin ist als Leiter des Postamts W 9 nach Berlin versetzt worden.

Bestandene Prüfung: Die Lehrerprüfung als landwirtschaftliche Hausbaulehrerin erhielt Srl. Ruth M d r o n o, Tochter des hiesigen Revierförstlers H. Mödrow und Frau Olga, geb. Schulz, Falken-

hof (Saase) — Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerin Frä. Edeltrud Stäckmann aus Barmbe 1. P., früher Polzen, Raktvis, Exin, vor der Staatlichen Prüfungskommission in Berlin die Prüfung als Werklehrerin.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum beging am 5. April 1933 Herr Oberleutnant Robert Schümer in Reichenbach (Kulengebirge), früher Jönnig, Rts. Krotzschin; S. war langjährig Vorsitzender der Ortsgruppe Schmalkalden in Thüringen und ist Unabher der Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes.

25jähriges Amtsjubiläum: Lehrer Sommer, vorgebildet auf der Dreijährigen in Urnschäft und dem Vorkursus in Wörmgung am 1. 4. (S. wirkte in den Kreisen Solmar, Hohenfels und Hilsna, seit 1920 in Pörschitz, K. S. Soale; Mitbegründer und Vorsitzender der Ortsgruppe Pörschitz (Sch.).

Reichskanzler Adolf Hitler wurde Ehrenbürger von Orlersburg, (Influrb., Königsberg i. Pr., Stettin, Cottbus, Breslau, Trauburg (Ostpr.), Elbing, Landsberg (Warthe), Elstift, Marienburg, Wilschmwerber, Gilsenburg, Kolkeim, Reidenburg, Lyck, Cranz usw.

Der Kommisär für die Ostfälle und Leiter der Landstelle Oppeln, Oberregierungsrat Dr. Cietmann, ist von der Leitung der Landstelle bis auf weiteres beurlaubt worden. Die Geschäfte des Leiters der Landstelle werden von Regierungsrat Dr. Reich übernommen werden, der bisher bei der Landstelle in Stettin tätig war.

Ehrenten: Eine Ehrenten dem Bankobersekretär Hubert Weber in Berlin-Weißmannsdorf, früher Ratowisdorf.

Verlobt: Elisabeth Küster mit Wilhelm Bitter, Bonn/Rittergut Gohltdorf (Polen).

Silberne Hochzeit: Geschäftsführer Artur Wischmann und Frau Käthe, geb. Potnyk, früher in Danzig, jetzt Berlin SW 29, Bergmannstr. 8, am 4. 4.

Goldene Hochzeit: Lehrer Friedrich Schulz und Frau Clara, geb. Eisenath, in Freienwalde in Pommern, Rts. Saatzig, früher 36 Jahre Lehrer in Bismarck, Rts. Wilsden, am 27. 3.

Verlobte Ostmärker: Johann Seher in Havelberg, fr. Mühlenbesitzer in Gulinfer, 84 J., Frau Mathilde Pöhlitz, geb. Augustin, in Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 134, früher Graubau, am 10. 4. 70 J.; Ida Eichler, Althbek (Seebad), Witwe des in Trefemeln und Emseln allgemein bekannt gewesenen Kaufmannes Max Eichler, am 10. 4. 75 J.; Vandesinleiter Hans Hartung in Luckenwalde (langjährig. Schriftführer der Ortsgruppe) am 5. 4. 60 J.; Rentenspeicher Hermann Alt in Luckenwalde, früher Polen, am 29. 3. 70 J.; Mittelschullehrer Eduard Schumann in Luckenwalde, früher Polen, am 1. 4. 76 J.; Reichsbahninspektor Oskar Sietler in Luckenwalde, früher Polen und Kröben, am 29. 1. 60 J.; Bahnhofsamrat Kasimir in Emseln, früher in Unin, Rts. Schrimm (heut. Brusthäuser) der Ortsgruppe Seidenberg o. U., am 7. 4. 50 J.; Frau Auguste Sommer, Ehefrau des Oberpostkassentellers K. Emil Sommer, in Sorau N.-P., Syrauer Weg 58, früher Krotzschin, am 9. 4. 70 J.; Eisenbahn-Oberbauart Ulrich in Trefsenbagen/Pommern am 25. 3. 100 J. (er hat 1858-60 beim Bau der Berlin-Stettiner Eisenbahn und der Strecke Köslin-Stolp, sowie 1871-74 am Bau der Bahn Polzen-Corn-Brömm mitgewirkt, von 1875-87 der Eisenbahndirektion Bromberg, dann der Eisenbahndirektion Halle angehört; der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörmmler, ist persönlich zu diesem ältesten lebenden deutschen Eisenbahner gehören, um ihm seine Glückwünsche zu überbringen); Katakreditdirektor Berdardt in Frankfurt a. O., Grenadierstr. 3, früher Bromberg, am 4. 4. 80 J.

Gefloren: Frau Bäckermehler Hedwig Mattiuke, geb. Cufhus, in Schwerzen; am 30. 3. 65 J.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus Ostpreußen.

Königsberg i. Pr. Die Juristkasselle teilt mit: Der Geschäftsführer der Ostpreußen-Druck G. m. b. H. hat am 30. März den Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt. Über den Antrag ist noch nicht entschieden. Der Konkursrichter hat ein allgemeines Verwaltungsversteher beauftragt. Die Versteher sind: Dr. Frank G. m. b. H. sowie die Betriebsleiter sind durch den Regierungspräsidenten beauftragt. Die Ostpreußen-Druck G. m. b. H. ist der Verlag der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“.

Königsberg. Auf Anordnung des Innenministers Göring hat eine Untersuchungskommission, verführt durch SS, die Räume der Ostpreußen Landeshof und der angeschlossenen Institute, der Bank der ostpreußischen Landeshof und der Lebensversicherungsanstalt der Landeshof, mit Beschlagnahme. Die Wohnung des Generallandeshofdirektors von Sippel und anderer leitender Verwaltungsbeamten der Landeshof, mit denen der Generallandeshofdirektor in Verbindung gestanden hat, wurden durchsucht. Mehrere Beamte wurden in Schutzhaft genommen. Vorerst ist das sachverständige Mitglied der Untersuchungskommission, Herr Böhme, mit der kommissarischen Leitung der Ostpreußen Landeshof und der ihr angeschlossenen Institute betraut. Grund zu irgendwelchen Befürchtungen über die Geschäfte der drei Institute liegt nicht vor.

Ehnen. Im Zusammenhang mit der Untersuchung über den Sprengstoffanfall gegen die Ehener Vereinsbank sind Hausdurchsuchungen bei

Kommunisten vorgenommen worden. Bei dem Kommunisten Canzki wurden erhebliche Mengen von Sprengstoff, und zwar 8 Kg. Dynamit gefunden. Ingesamt nahm die Polizei neun Verhaftungen von Unkennradikalen vor, die an diesem Anfall beteiligt sein sollen. Bei den Hausdurchsuchungen wurden erhebliche Bestände an Sprengstoffen und Ausstattungsgegenständen von der russischen Armee des Weltkrieges, sowie Gemehrmunition gefunden. Gegen die Teilgenommenen wurde Haftbefehl wegen Vorbereitung zum Hochverrat und anderer Vergehen erlassen.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen und der mittleren Ostmark.

Rakolin. Der Geisteskranke Karl Schulz aus Rakolin geriet, ohne von seinen Angehörigen bemerkt zu werden, auf polnisches Gebiet. Da die Grenzbeamten nicht wußten, daß es mit einem Geisteskranken zu tun hatten, nahmen sie ihn fest, um ihn nach Czarnkau abzuführen. Auf dem Wege dorthin wurde Schulz von dem begleitenden Beamten erschossen, angeblich, weil er einen Selbstverleib unternommen und den Anruf nicht beachtet haben soll.

Drossen. Zur Erinnerung an die nationale Erhebung Deutschlands und zum Gedenken an die Gefallenen des Weltkrieges soll, dem Beschluß der Stadtorordneten gemäß, auf der Maxianshöhe aus Feldsteinen ein Hiltlerort errichtet werden.

Landsberg (Warthe). An der letzten Sitzung des Stadtparlaments teilte der Stadtorbundenvorsteher, Major von Hoepfner, mit, daß die sozialdemokratischen Stadtorbunden ihre Mandate niedergelegt haben. Zugleich sind sie aus ihrer Partei ausgetreten; sie heißen Meißner, Dackel und Käbiger. Auf Antrag der Nationalsozialisten wurde einstimmig beschlossen, Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgerern der Stadt Landsberg zu ernennen. Ferner beschloß man ebenfalls auf einen Antrag der Nationalsozialisten hin, die Wartberücke in Gersdorffbrücke umzubauen als äußeres Zeichen des Dankes an den Oberbürgermeister Gerloff für sein munterhaftes nationales Verhalten trotz großer Anfeindungen in den vergangenen 14 Jahren. Der Magistrat hat beschlossen, eine Adolff-Hitler-Straße zu schaffen. Es ist hierzu die Heinersdorfer Straße in Aussicht genommen. Die Bezeichnung „Rathenauplatz“ ist umgewandelt in „Hohenolmenplatz“, die Bezeichnung, die nach dem Stabtr und Stadthalter Ebert benannt ist, in „Waldenberger-Straße“. Bei der Wahl der unbesetzten Stadträte sitzen acht Sitze auf die NSDAP, und zwei Sitze auf dem Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot. Der 2. Bürgermeister, Dr. Hecker, ist zwangsweise beurlaubt worden.

Aus Schleisien.

Breslau. Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, will die nationalsozialistische Mehrheit der neuen Stadtorbundenversammlung Reichskanzler Adolf Hitler zum Ehrenbürger ernennen. Bisherige Ehrenbürger von Breslau sind: Reichspräsident Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Oberst Hauptmann und Geh. Rat v. Schöhl. — Die Schielergemeinde der Evangelischen Oberkreuzschule am Nikolaiter, die in Anwesenheit des Lehrerkollektivs fassend, um über den Namen der Schule abzusprechen, kam einstimmig zu dem Ergebnis, daß die Schule den Namen „Adolf-Hitler-Oberkreuzschule“ tragen soll.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Polen.

Bromberg. Die Personen, die am 11. März die evangelische Kirche in Bromberg-Schleusenau gehindert und verwüstet haben, sind jetzt von der Polizei verhaftet worden. Ihre Namen sind Alfons Ebertowski und Maximilian Ruyter. Der Bürgerhof (Polizeipräsident) von Bromberg hat eine öffentliche Erklärung herausgegeben, in der er die Tat aufs Schärfste verurteilt.

Obern. Raum hat sich die begriffliche Empörung über die Kirchenführung in Schleusenau bei Bromberg etwas beruhigt, und schon merkt man sich ein ähnlicher Fall ereignete sich vor dem Raum am 1. April drangen Einbrecher, nachdem sie eine Fensterhebe zerstoßen, in die evangelische Kirche in Lubom ein. Aus dem in der Sakristei befindlichen Schrank nahmen sie einen Teppich, auf dem sie, nach Verschmäkung der Kanzel, ein Altarbild nebst Taufkanne, eine Millionensperbüchse und den Opferkelch vom Altar, draußen neben der Kirche aufbauen und dann dies alles mit einem Rot bedeckten. Erfreulich ist es nur, daß die Abendmusikinstrumente anderswo aufbewahrt sind und ob dieser Wähe von der Schändung verschont werden sind. Ein Vorteil ist den Eltern auf der Spur.

Polen. Im Juni 1933 behielt die „Below-Knothische Schule“ 100 Schüler. Zur Seite, die am 7. und 8. Juni stattfinden soll, sind alle früheren Lehrerinnen und Schülerinnen herzlich eingeladen. Alle, die an den Festtagen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre genaue Anfahrts bis zum 25. April der Schulleitung (Domon, Waly Gama III Nr. 2) mitzuteilen.

Aus Westpreußen.

Graubau. Im Kreis Graubau wurden zwei Nationalsozialisten verhaftet, die illegal die Grenze nach Ostpreußen überschritten und von dort nationalsozialistisches Propagandamaterial nach Polen gebracht haben sollen. Die Verhafteten wurden dem Graubauer Gericht überliefert.